

Volksmacht

für Schlessen

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Braunerstraße Nr. 5 und Neue Poststraße 11, Kathhofstraße 155, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 3 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,76 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzeln Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Gebrauchsanweisung: Geschäftsstelle 217 37, Redaktion 217 38
Postfach-Konto: Postfach-Nr. 3852

Dankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Zil. Breslau

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Zehn Jahre Reichsarbeitsministerium

Uns wird geschrieben: Am kommenden Dienstag feiert das Reichsarbeitsministerium sein zehnjähriges Bestehen. Bei dem Festakt wird die Arbeit, die das Sozialministerium bisher geleistet hat, eingehend gewürdigt werden. Aus Anlaß der Feier entstand auch eine Erinnerungsschrift des Ministeriums „Deutsche Sozialpolitik 1918 bis 1928“. Sie wird in den nächsten Tagen bei Mittler & Sohn in Berlin erscheinen.

Die Feier hat natürlich nicht nur den Zweck eines Rückblicks auf die geleistete Arbeit. Sie soll auch einen Willensakt für die Zukunft darstellen, ein Bekenntnis und Gelöbniß, mehr noch als bisher in dem sozialen Gebiet weiterzuarbeiten, von dem die Arbeit des Reichsarbeitsministeriums im vergangenen Jahrzehnt im großen und ganzen erfüllt und geleitet war. Dieser Voratz wird in den Ansprachen deutlich zum Ausdruck kommen. Sprechend werden Reichsarbeitsminister Wiffell, Reichsminister Müller, Reichspräsident Hindenburg, Reichsminister Hirtfelder, der Präsident des Reichswirtschaftsrats v. Siemens und der Stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Butler. Der Festakt wird durch Rundfunk übertragen werden. Nach der Feier findet eine Führung der Gäste des Reichsarbeitsministers durch die Ausstellung des Ministerialgebäudes „Die Arbeit“ im geschichtlichen Rückblick über die deutsche Sozialpolitik während der letzten 25 Jahre statt.

Der erste Anlaß zur Bildung eines Reichsarbeitsministeriums war die Einsetzung der Kommission für Arbeiterkassentätigkeit im Jahre 1902. Bald nach der Einsetzung dieser Kommission wurde die Forderung auf Errichtung eines ständigen Reichsarbeitsamtes laut. Es vergingen aber noch viele Jahre bis zur Erfüllung dieser Forderung. Erst im Jahre 1917 wurden die Angelegenheiten der Wirtschaft und Sozialpolitik dem Reichsamt des Innern abgenommen und einem besonderen Reichswirtschaftsamt übertragen. Am 4. Oktober 1918 erfolgte dann die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, dem zunächst die sozialpolitischen Angelegenheiten und zwei Monate später auch

die Fragen des Wohnungs- und Siedlungswesens übertragen wurden. Im März 1919 erhielt dann das Reichsarbeitsamt den Namen Reichsarbeitsministerium.

Kein Ministerium war seit dem Umsturz so sehr dem Feuer der öffentlichen Kritik ausgesetzt wie das Reichsarbeitsministerium; denn es hat die unankbare Aufgabe, im Kampf zwischen Kapital und Arbeit die Rolle eines Mittlers und Schlichters zu spielen und niemand kann bekanntlich zwei Herren dienen. Auch der Reichsarbeitsminister kann so wenig wie der Leiter irgend eines anderen Ministeriums die ihm durch die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse gezogenen Grenzen überschreiten. Die Arbeiterschaft ist darüber im klaren. Sie verlangt keine Wunder. Bei einer Würdigung der Arbeit des Reichsarbeitsministeriums wird sie nicht verkennen, daß gerade durch die Konzentration der sozialpolitischen Arbeit in einem Arbeitsministerium im Befreiungskampf der Arbeiter mancher Schritt vorwärts getan werden konnte. Aber es ist nun einmal so in der Welt: die Erinnerung an eine schlechtere Vergangenheit kann nicht über die Schmerzen der Gegenwart hinwegtrösten. Die Arbeiterschaft weiß: das Paradies liegt nicht in der Vergangenheit, es liegt in der Zukunft. Sobald aber der Blick in die Zukunft gerichtet wird, wird alles noch so schwer Ermüdete, wird jede noch so große Ermüdenheit wieder klein und selbstverständlich.

Die Arbeiterschaft weiß, daß das Arbeitsministerium kein Arbeiterministerium ist; dennoch muß sie verlangen, daß künftighin im Reichsarbeitsministerium mit verzehnfachter Energie der Schutz der Arbeitskraft auf allen Gebieten der Wirtschaft ausgedehnt wird. Wenn heute sogar in demokratischen Versammlungen von der geplanten Uebersteigerung der Sozialpolitik geredet und mit Schärfe eine angeblich jugenddemokratische Heile, die Demokratische Partei, nicht sozialer sein als die Sozialdemokratie, mit Entschiedenheit abgelehnt wird, dann wird es Zeit, daß die freigeordnete Arbeiterschaft mit um so größerer Entschiedenheit vom Reichsarbeitsministerium einen schärferen sozialen Kurs fordert — in der Sozialpolitik und auch in der Wohnpolitik; denn auch hier scheinen verderbliche Einflüsse der Bürgerblockade auf die Arbeit des Reichsarbeitsministeriums, trotzdem steht an seiner Spitze ein Sozialdemokrat, noch nicht überwunden zu sein. Der Verlauf so mancher Lohnbewegung während der letzten Zeit zeigt das zur Genüge. Hoffentlich bedeutet der Willensakt für die Zukunft, den die Zehnjahresfeier in erster Linie darstellen soll, einen Anfang zum Besseren.

Schülerelbstmorde

Von Anna Siemien

Die Zepelinfahrt hat die Leit- und Zeitschriftenartikel über Schülerelbstmorde verdrängt. Wir werden nichts mehr von ihnen hören — bis zum nächsten. Und dann wird das gleiche sich ereignen, was wir bisher erlebt haben: die meisten werden auf die Schule schelten, die die unglücklichen Jungen — es sind immer Jungen, keine Mädchen, die sich aus Verzweiflung und Zeugnisangst das Leben nehmen — das Lernen gar zu schwer gemacht, und auf die Eltern, die zu unvernünftig ehrsüchtig sind, um einzusehen, daß ihr Sohn für die Wissenschaft nicht geeignet ist. Einige Einsichtsvolle gehen weiter und machen das System verantwortlich und die öffentliche Meinung; das System, das die Falle der Berechtigungsprüfung an allen Wegen zum Beruf aufstellt und ausnahmslos läßt über dem Unglücklichen, der nicht leistungsfähig genug ist, sie zu überhumpfen; die öffentliche Meinung, die der „mittleren“ und „höheren“ Reifeprüfung wirkliche Befähigungsnachweise, wirksame Auslebensverfahren sieht, und die heute schon von Bäderlehrkräften, morgen wohl schon für jede Lehre eine „mittlere Reife“ zu fordern geneigt ist.

Die wenigsten aber gehen noch einen Schritt weiter und stellen fest, daß dieser Berechtigungssimmel, dieses Diplomierteinwesen ein genauer, katastrophal genauer Ausdruck unserer heutigen Lage ist. In einer Zeit der dauernden Erwerbslosigkeit, des dauernden Ueberangebots an Arbeitskräften, wachsenden Druck durch Rationalisierung und Mechanisierung der fabrikmäßigen Handarbeit, in einer Zeit der Unfähigkeit und wirtschaftlicher Kämpfe, muß die geringe Zahl sicherer, gehobener, ausreichender Stellen untüchtig sein wie der Ueberhang über die Berufsa. Organisierte Berufe legen diesen Kampf, wenn es ihnen möglich ist, vor den Eintritt in den Beruf. Daher das Streben fast aller Beamtenorganisationen nach erschwerter Zulassungsbedingungen. Die drinnen sind, und die Forderung stellen, draußen sie ja nicht mehr zu erfüllen, den neu hinzukommenden soll der Eintritt schwer gemacht werden. Darum auf der anderen Seite, der der Behörde und beim privaten Arbeitgeber bis hin zu den schärfsten Vatermännern, das Streben, die Konjunktur auszunutzen und — unethischer Trägheit entsprechend — einen möglichst bequemen Weg zum Herausfinden der Elite zu finden, bei dem man selbst sich nicht zu bemühen braucht — also mittlere Reife, Volkreife, womöglich Doktorexamen.

Was können die Eltern dabei tun? Nichts. Sie sehen die Unsicherheit, den graulamen Lebenskampf. Eine verhältnismäßige Sicherheit, die Möglichkeit eines leichteren Schicksals, sei sie auch noch so entfernt, besteht für die Jungen nur, wenn die enge Pforte der Berechtigung gestürzt wird. Wir kennen ja noch nicht einmal die Anfänge einer Elternziehung zur Kenntnis jugendlichen Lebens und jugendlicher Entwicklungsmöglichkeiten. Was Wunder, daß gerade beste besorgte Eltern, die mit Opfer und Sorgen ihrem Sohne die höhere Schule und damit Lebenssicherung ermöglichen wollen, nicht begreifen wollen und können, daß das ersehnte Ziel unerreichbar ist. Bei den Mädchen ist noch immer die Ehe eine Möglichkeit zum noch so bescheidenen Lebensglück. Bei den Mädchen kommt Berechtigungselbstmorde nicht vor.

Was soll die Schule tun? Die höhere Schule ist ihrem Aufbau und Lehrplan nach Vorstufe für die Universität. Sie wird unter steter Kontrolle gehalten, ob sie ihre Aufgaben, den wissenschaftlichen Unterbau für diese zu geben, den Professoren ihre Arbeit zu erleichtern, richtig erfüllt. Direktoren und Studienräte sind sehr berufssüchtige und reglementierte Beamte mit sehr bestimmten, unverschiebenden Aufträgen. Aber was sie in ihre Schulen und Klassen bekommen, das sind in der überwiegenden Mehrzahl junge Menschen, denen Sinnen und Neigung für das abstrakte Zielwissen, das sie leisten müssen, fehlt. Diese überwiegende Mehrzahl wird in die Schule gedrängt durch die Lebensnot und den Kampf um eine bessere Brotstelle, den wir so äußerst finnvoll und menschenfreundlich in die Kinderjahre verlegen. Was sollen sie tun? Zuerst lassen sie möglichst viele in die unteren Klassen. Es gibt viele Gründe dafür: Man will eine „große“ Schule haben, weil danach Bedeutung und Stellung abgeschätzt wird; man will den Kollegen Arbeitsmöglichkeit geben, man will keine Schwierigkeiten mit enttäuschten Eltern haben, man will — vielleicht — auch all den kleinen Kerlchen eine Chance geben. Und wenn die Kerlchen nun zu großen Kerlen heranwachsen, dann kommt Jahr für Jahr der Kampf: Soll man den Kampf mit der Elternzahlnehmung aufnehmen? Soll man bei einem hohen Prozentatz Sitzengebliebener den Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Schule, an der persönlichen Leistung provozieren? Sollen man sie „mitleidig“ lassen? Man schleppt sie mit, bis die Opfer der Eltern, die verlorene Zeit, die veräußerten Berufsmöglichkeiten ein immer schwerer lastendes Gewicht geworden sind. Und wenn dann in den letzten Jahren vor den Prüfungen ein falsches System sich nicht mehr durchführen läßt, wenn das Tor sich schließt, wenn alle „höheren“ Berufsträume sich in nichts verflüchtigen vor der schlechten Note, vor dem „Nichtbestehen“ und „Nichtbestanden“, und die Zeitungen den Schülerelbstmord registrieren — die verführten, im Keim verführten enttäuschten, überlebenden jungen Menschen registrieren sie nicht — dann hat nicht der Lehrer und nicht die Schule Schuld.

Trotzdem ist eine Schuld da. Schuld ist unsere Gesellschaft mit ihrer unbarmherzigen Klassencheidung und ihrer Grausamkeit gegen den Schwächeren, die alle anstrebt zu diesem rasanten Wettlauf um den Erfolg. Alle Jugendpsychologie, Jugendwohlfahrt, Jugendbewegung, hindern nicht, daß das Leben unserer Kinder mehr und mehr verzweifelt und überhitzt wird, je mehr dieser Existenzkampf schon in die Kindheit hineinträgt. Und nicht das kann das hindern. Es sind die Krisen des überfüllten und wirtschaftlich bedrängten Europas, die in den Schülerelbstmorden und den viel häufigeren Schülertragödien nachwirken. Keine Schulpolitik könnte das hindern. Aber unsere Schulpolitik tut das Gegenteil. Sie verzweifelt und verzweifelt die Kritik. Indem sie immer mehr Berechtigungen fordert und immer mehr Berechtigungsprüfungen einführt. Zudem sie allmählich vor den großen Filter der Reifeprüfung das „Nichtbestehen“ legt, und jeden, aber auch jeden Jüngling ver-

Großer Wahlsieg der britischen Arbeiterpartei

London, 30. Oktober. (Eig. Funkbericht.)

Der heftigstrittene Wahlkreis Ashton an der Lyne ist von der Arbeiterpartei mit einer Mehrheit von 2400 über den konservativen Kandidaten in der Nachwahl am Montag zum ersten Male gewonnen worden. Ashton, im Mittelpunkt der britischen Baumwollindustrie gelegen, wurde von sämtlichen drei Parteien als Schlüsselstellung betrachtet. Der Ausgang der Nachwahl kann daher zum Unterschied von einer Reihe anderer Nachwahlen als sicherer Stimmungsmesser für den augenblicklichen politischen Entwicklungsstand des Landes betrachtet werden. Für die Niederlage der Konservativen hat neben lokalen und wirtschaftlichen Fragen zweifellos auch die schwere Verstimmung der Wählerschaft über die außenpolitischen Fehler mit Hinblick auf das Flottenkompromiß beigetragen. Der Kandidat der Arbeiterpartei, Bellamy, erzielte 9587 Stimmen, der Konservative 7181, der Liberale 6874. Ashton ist der zehnte Wahlkreis, den die Arbeiterpartei seit den letzten allgemeinen Wahlen ihren Gegnern entziffen hat.

Die Wahlen in der Schweiz

Der Gewinn von zwei Mandaten der Sozialdemokratie sicher

Genf, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Ergebnis der Schweizer Wahlen lag am Montag-Abend noch nicht vollständig vor. In den meisten Kantonen zeigt sich die Festigkeit des Wahlkampfes in einer Erhöhung der Stimmen aller Parteien. Der große sozialistische Stimmengewinn hat sich durch eine Reihe von Umständen nicht in einem entsprechenden Mandatsgewinn auswirken können. So fehlen in Genf 70 bis 80 Stimmen für ein neues Mandat. Bis her sind drei neue sozialistische Mandate sicher, denen der Verlust eines Mandats gegenübersteht. Der Gewinn eines weiteren Mandats im Wallis steht noch nicht fest. Die Mandatszahl der Sozialisten ist damit immerhin auf 51 gestiegen. Die Konservativen haben ebenfalls mindestens zwei Mandate gewonnen. Die Verträge tragen die bürgerliche Mitte und die Splitterparteien, darunter die Kommunisten, die ihr Züricher Mandat verloren haben. Damit ist die kommunistische Fraktion des Schweizer Nationalrats auf jetzt zwei Mann zusammengeschmolzen.

Meineidsverfahren gegen Major Buchruder

Das Landgericht Stettin bereitet ein Meineidsverfahren gegen Major Buchruder vor. Buchruder hatte im Mai dieses Jahres als Zeuge im Fememordprozess Gädde in Stettin bestritten, beim Rühriner Putsch im Jahre 1923 das Wehrkreiskommando hintergangen und für den Putsch gefährliche Stellungsbefehle ausgegeben oder deren Ausgabe gewollt zu haben. Oberst v. Hammerstein hat schon damals mit einer Meineidsanzeige der Reichswehr gedroht, die nunmehr erfolgt ist. Gegen Buchruders Aussagen stehen die Aussagen mehrerer aktiver Offiziere des Heeres.

Hoeh wieder in Paris

Die Verhandlungen sollen in den nächsten Tagen beginnen Paris, 30. Oktober. (Eig. Funkbericht.)

Der deutsche Botschafter v. Hoeh ist nach kurzer Anwesenheit in Wiesbaden, die einem Meinungsaustrang mit Stresemann und dem Reichsanträsidenten den Schacht galt, nunmehr in Paris eingetroffen. In französischen zuständigen Kreisen erwartet man, daß die deutsche Demarche durch die Verhandlungen über die Revision des Dawesplanes und die Räumung des Rheinlandes offiziell eröffnet werden sollen, nunmehr in zwei bis drei Tagen erfolgen wird. In ihrer heutigen Sitzung wird die französische Regierung erneut zu dem Problem Stellung nehmen und vor allem darüber beraten, ob die Sachverständigen als unabhängige oder als beamtete Delegierte der interessierten Regierungen arbeiten sollen. Der „Petit Parisien“ erklärt, die französische Regierung wird sich voraussichtlich für die zweite Lösung entscheiden.

Der üble Streiber ausgerufft

Dem Demokraten Herold sein Regierungskurz mißlungen

Reutlingen, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Landtag von Mecklenburg-Schwerin lehnte am Montag den von den Deutschnationalen, Demokraten und Handwerkervertretern gegen den sozialdemokratischen Minister Dr. v. Reich eingedragten Mißtrauensantrag mit 51 gegen 16 Stimmen ab. Für das Mißtrauensvotum stimmten die Nationalen, die Demokraten, die Deutschnationalen und die Handwerkervertreter, dagegen die Sozialdemokraten, die Deutsche Volkspartei, der Bauernbund und ein Aufwärtler. Die drei kommunistischen Abgeordneten enthielten sich der Stimme.

Spezial hat, der nebenbei zu irgend einer erwünschten Lebensarbeit und Stellung führen könnte, entzweigt sie die Schule ihrem eigentlichen Zweck. Unsere höheren Schulen sind heute Wäpser- und Ausleistungsinstitute, welche die Vorrechte einer Minderheit gegen die Massen verteidigen. Wer wagt im Ernst zu behaupten, daß „mittlere Reife“ etwas über den wirklichen Wert, die wirkliche Reife, die wirkliche Bildung, die wirkliche Leistungsfähigkeit eines werdenden Menschen aussagt? Sie ist eine Bequemlichkeitsauskunft derer, die wissen, daß über Erfolg in unserer Gesellschaft jederzeit der blindeste Zufall entscheidet. So schränkt man die Zahl derer, die an der Vortriebe teilnehmen dürfen, willkürlich ein. Alle Versuche einer Schulreform scheitern an dieser harten Tatsache.

Weiter aber verschließt die weite Öffentlichkeit ihre Augen dafür, daß heute durch ein System unkontrollierter Verwaltungsmassnahmen der Aufstieg der Tüchtigen verwardelt worden ist in einen Aufstieg der Diplombierten, daß heute neunzig Prozent aller Kinder in der Kindheit schon von allen Erfolgschancen abgeschnitten werden; daß ein Beruf nach dem anderen zum Monopol der Prüfungsberechtigten gemacht wird. Nur wenn sie persönlich an diese unsichtbaren Mauern anstößten, klagen sie, erschrecken — und vergehen, ihre Folgerungen zu ziehen.

Es wäre gut, wenn die blutigen Opfer, die in den jungen verzweifeltenden Menschen diesem System gefallen sind, nicht einem gleichen Vergessen anheimfiele, sondern die Verantwortlichen zum Bewußtsein brächten, und ein System endigen helfen, das in seinen Wirkungen verhängnisvoll im Widerspruch steht zu den Versprechungen unserer Verfassung wie zu den Bedürfnissen unseres Lebens.

Um das Problem der Sicherheitsverwahrung

Interessante Debatte im Strafrechtsausschuß des Reichstags
Berlin, 29. Oktober. (Eig. Bericht.) Der Reichstagsausschuß zur Vorbereitung der Strafrechtsreform nahm am Montag die von den sozialdemokratischen Vertretern vorgeschlagene Entscheidung, die Herkennung von Krankheitsgeboten Maß zu beschränken, mit den Stimmen der Antragsteller, der Demokraten, des Zentrums und der Volkspartei ab.

Der Ausschuss wandte sich dann der Erörterung des § 59 an, der die Sicherheitsverwahrung von Gewohnheitsverbrechern zulassen will.

Hg. Landesberg (Soz.) führte aus, es klinge heftig, wenn man sage, ein Verbrecher, dessen Wirken sich als eine dauernde schwere Gefährdung der Gesellschaft darstelle, dürfe nicht nach Verbüßung seiner Strafe erneut in den Stand gesetzt werden, seine strafbare Tätigkeit wieder aufzunehmen. Indessen sei zu besorgen, daß dieser gute Gedanke unvollkommen ausgeführt werden würde. Man könne an die Beratung des § 59 nur mit größtem Unbehagen herantreten, weil der Entwurf ihn so ausgestalte, daß man beinahe von einer Strafe von unbestimmter Dauer reden könne. Ueber die Zahl der als Objekte der Sicherheitsverwahrung in Betracht kommenden Personen würden die verschiedensten Angaben gemacht und schließlich könne man unmöglich den Behörden eine Vollmacht erteilen, ohne zu wissen, welchen Gebrauch sie davon machen würden. Ueber die Art aber, wie die Sicherheitsverwahrung geregelt werden solle, erfahre man aus dem Entwurf nichts. Er fürchte, daß gerade die unbestimmte Dauer der Freiheitsentziehung einen starken Anreiz zur Flucht bei den Anfallsinsassen erzeugen und dieser Umstand wieder zu größter Strenge und hermetischer Abschließung führen werde. Dann werde aber die Sicherheitsverwahrung keinen Schutz, sondern eine Gefährdung der Gesellschaft bedeuten. Die Sozialdemokratie verlange daher, daß erst nach fünfmaliger Verhängung von Zuchthausstrafen die Sicherheitsverwahrung angeordnet werden könne und nur die aller schwersten und gefährlichsten Verbrechen überhaupt diese Maßnahme rechtfertigen dürfe. Strafen, die länger als fünf Jahre zurücklägen, ohne daß der Verurteilte in diesem Zeitraum ein neues Verbrechen begangen habe, dürften für die Anordnung der Sicherheitsverwahrung überhaupt nicht in Betracht kommen. Schweden habe in einem neueren Gesetz ähnliche Einschränkungen vorgezogen.

Reichsjustizminister Koch erklärte die Bedenken des sozialdemokratischen Redners als sehr beachtenswert an, führte aber aus, daß der Gesetzgeber, je weniger er je milder er strafe, um so mehr auf Sicherung bedacht sein müsse. Ueber die Durchführung der Sicherheitsverwahrung könne er keine hinreichende Klarheit geben, aber jedoch könne er sagen, daß Gesetzmäßigkeiten ober Zuchthaus unter keinen Um-

ständen zur Ausnahme von Sicherheitsverwahrung in Anspruch genommen werden dürften. Die Sicherheitsverwahrung werde nur dann wirksam wirken können, wenn sie den Verwahrten möglichst geringe Uebel zufüge und die Freiheit des Einzelnen auf das notwendigste Maß beschränke. Weiterberatung Dienstag.

Der Kyrtiger Landbundprozess

Sie hatten wie die Ketten zusammen und terrorisieren Zeugen

Kyrtig, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag wurde im Kyrtiger Landfriedensbruch-Prozess der Direktor des Katasteramtes, Lashinski, vernommen. Der Zeuge betonte, daß die Deputation, die bei ihm gewesen sei, ihre Wünsche in sachlicher und ruhiger Form vorgetragen habe. Auf die Anweisung des Zeugen, daß Einzelvernehmungen für die Hochwassergeschädigten erfolgen sollten, habe ihm der Angeklagte, Kreislandbundsmitglied von Jena erwidert, mit Einzelvernehmung sei der Landwirtschaft nicht viel gescholten. Im Verlauf der Verhandlungen sei ein Stein durchs Fenster geworfen worden, der allem Anschein nach von einem Demonstranten in der Tasse mitgebracht worden war.

Der Landjäger-Oberleutnant Dymke wird gefragt, warum er den Angeklagten von Lindau beschuldige, den Stein geworfen zu haben. Der Zeuge erwidert, den Namen seines Gewährsmannes nicht nennen zu können, da er von der Landwirtschaft als Gewerbetreibender sehr abhängig sei. Von der Staatsanwaltschaft wird betont, daß der Angeklagte v. Lindau den Stein wahrscheinlich nicht geworfen habe. Ein Schutzpolizist gibt an, aus den Kreisen der Tumultuanten sei gerufen worden: „Streichhölzer heraus!“ Der Angeklagte v. Jena habe unter anderem gerufen: „Nicht schiessen! Es darf kein Blut vergießen werden!“ Von einem anderen Polizeibeamten wird berichtet, daß die Glühbirnen, die vor dem Landratsamt geworfen wurden, die Landjäger treffen sollten.

Der Zeuge Wachtmeister Löffler beklagt vor allem den Hauptangeklagten Kleine schwer. Kleine betonte, den Täter zu kennen, seinen Namen würde er jedoch nicht nennen. Die Verteidigung macht geltend, daß Landjäger-Oberleutnant Dymke als mutmaßlicher Täter zunächst einen anderen Mann, und zwar einen Gastwirt aus der Umgebung vernommen habe. Der Angeklagte Kleine weigert sich darüber auszusagen, ob er diesen Gastwirt kenne oder nicht. Der betreffende Gastwirt wird schließlich telegraphisch als Zeuge geladen. Der Finanzamtsassistent Spiller beklagt, der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Staffehl hätte sich, als die Verhandlung im Finanzamt gewesen sei, sehr aufgeregt benommen. Der Polizeihauptwachtmeister Weber sagt, daß der Angeklagte Kleine wiederholt gerufen habe: „Hier ist der Blaue, er muß verschwinden. Das ist der größte Lump.“

In der Nachmittagsitzung wird zunächst auf Antrag der Verteidigung der Landbundesgeschäftsleiter Korvettenkapitän a. D. Lecher als sachverständiger Zeuge darüber vernommen, wie frühere Demonstrationen des Reichslandbundes verlaufen wären. Es hätte sich, so betont der Sachverständige, nach den bei ihm vorliegenden Berichten über die Landbundesdemonstrationen nicht als notwendig erwiesen, daß Schutzpolizei eingesetzt wurde. Fast sämtliche Demonstrationen hätten einen ruhigen Verlauf genommen. In zwei Fällen, wo Schutzpolizei anwesend gewesen sei, wäre die Stimmung etwas erregt gewesen. Von dem Zeugen Ziborn wurde betundet, daß die Beamten die Landwirte „Schweinehande“ und ähnlich genannt hätten. Die in Frage kommenden Schutzpolizisten kann der Zeuge unter den anwesenden Beamten nicht wieder erkennen.

Der Zeuge Gärtner Emil Bahlow, der Kommunist ist, erklärte unter anderem, daß die Großgrundbesitzer am allerwenigsten Steuern bezahlt hätten. Als er diese Ausführungen macht, wurde er vom Vorsitzenden unterbrochen und ermahnt, daß er nur das anzugeben habe, was er über die Demonstration beobachtet hätte. Der Zeuge fährt fort, daß selbst wenn er wisse, welcher Bauer den Schutzpolizisten niedergeschlagen hätte, er unter allen Umständen die Aussage verweigern würde. Die Kleinbauern würden ja doch vom Großgrundbesitzer aufgehetzt. Der Arbeiter Strajas gibt an, daß er einem Schutzpolizisten zugerufen habe: „Schieß dich den Hund nieder.“ Damit habe er einen der Landwirte gemeint. Strajas, der Mitglied des Reichsbanners ist, betundet ferner, daß der Angeklagte Wiech den Oberwachtmeister Preuser geschlagen habe. Dienstag: Fortsetzung der Verhandlung.

Die SPD. sucht

Nachdem die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands sich dem Moskauer Diktat unterworfen hatte, buken sich auch die Bezirksorganisationen. Die Gesamt-Bezirksleitung der SPD. Berlin-Brandenburg hat sich am 26. gegen 7 Stimmen für die Beschlüsse der Exekutive ausgesprochen und 600 Hamburger Parteifunktionäre haben gegen eine kleine Minderheit das Gleiche getan.

Die Nacht nach dem Verrat

Roman von Liam O'Flaherty
Aus dem Englischen übertragen von J. Hauser
(Deutsche Rechte bei Th. Amann Nachf. Verlag, Berlin W. 50.)

20] Wieder hielt er inne mit leuchtender Braut. Er schien wieder zu Wut zu kommen, aber plötzlich bewegte sich Gallagher näher an ihn heran und lächelte freundlich und besänftigend: „Schau her, Gypso. Ich will ganz offen mit dir sein. Ich will zugeben, daß du für die Bewegung viel getan hast. Du hast in den letzten sechs Monaten die Straße geräumt für die gefährliche Lage, in die du die ganze Organisation im letzten Oktober gebracht hast. Wir wollen einen Schritt durch alles machen, unter einer Bedingung: wenn du uns einen Schlüssel geben kannst, wor der Mann war, der Francis Joseph McPhillip verpfändet hat, dann will ich dich wieder in die Organisation aufnehmen an deine alte Stelle im Stad des Hauptquartiers. Hier. Nimm dein Glas.“

Gypso's Hand schloß augenblicklich vorwärts. Er packte das Glas und Gallagher's Hand zusammen in seiner enormen Lage. Die beiden Männer rangen beinahe in dem Versuch, ihre Hände voneinander zu lösen. Sobald das Glas frei war, hob Gypso es an die Lippen und leerte es. Dann hatte er langsam zum Rammin hinüber und legte das leere Glas darauf. Mit dem Rücken gegen die Gefährten hielt er inne, um sich mit dem Kermel den Mund zu waschen. Er brauchte Zeit, sich zu beruhigen. Gallagher's Vorschlag war so gänzlich überraschend über ihn gekommen, daß er gar nicht bei sich war. Seit jenem lächelnden Augenblick, wo er die Tür der Polizeiwache aufgestoßen hatte, war sein ganzes Leben in eine peinigende Welle untergetaucht, die ununterbrochen vor und hinter Entkommen hat. Er war allein gewesen, ausgesetzt, umgibt von einer unzähligen Schar von Feinden. Jetzt plötzlich wurde ihm eine Möglichkeit des Entkommens durch den großen Gallagher selbst eröffnet. Gallagher, der große Gallagher, hatte ihm ein Angebot gemacht. Er sollte wieder in die Organisation kommen. Heute sollten wieder Aspekt vor ihm haben. Wieder würden seine Hände frei sein, er würde wieder in die Organisation kommen, ihn mit Geld versehen dafür, daß er gemogte Dinge unternehme, schämen würden sie ihn, ihn lassen für seine Loyalität, seine Stärke und seine... Hirtliche Mutter, weiß ein Glas! Wieder er sah am Ende der Wand am Kermel, um sich, um ihm bei seinem Verbrechen, sich ungeschuldig für seine Arbeiter-

Held zerflägt Porzellan

Der Verlauf der Augsburger Zusammenkunft
München, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Innerhalb der Bayerischen Volkspartei wächst die Erkenntnis, daß die politische Isolierung die Hauptursache der untergeordneten und einflusslosen Rolle ist, die Bayern seit Jahren in der deutschen Politik spielt. Deshalb gewinnen auch jene Kräfte, die unter allen Umständen aus dieser Isolierung herauszuweisen, immer mehr an Boden. Auch die am Sonntag von Bayern aus betriebene Augsburger Zusammenkunft von Politikern und Journalisten der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums der Länder Baden, Württemberg und Hessen galten programmgemäß diesem Ziele, im besonderen der Unterbrechung, ob zunächst einmal in der aktuellen Frage der Reichsreform gegenwärtig eine politische Verständigung möglich wäre. Diese Möglichkeit will man von Bayern aus unter keinen Umständen scheitern lassen, weil man erkannt hat, daß andernfalls für Bayern die Tür ins Freie auf längere Zeit wieder ganz verriegelt ist.

Welche Erfolge nun die Augsburger Zusammenkunft der Bayerischen Volkspartei gebracht hat, ist der Außenwelt bisher nicht bekannt geworden, da die Aussprache unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich ging und als vertraulich erklärt wurde. Nicht unbekannt ist aber geblieben, daß die Vertreter des süddeutschen Zentrums sich einer auffallenden Zurückhaltung befleißigt haben. Für ihr Mißtrauen, daß die Bayerische Volkspartei der seit acht Jahren beliebten unfruchtbaren Methode, Politik zu machen, noch nicht abgeschworen hat, erhielten sie am gleichen Tage einen neuen Beweis in der öffentlichen Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held. Die urbanen Parteien stimmten, die ihn bei seiner Rückkehr von der Landkonferenz empfingen, haben diesen Politiker, der allein schon durch seine eigene Abstammung die innere Berechtigung des bayerischen Stammesföderalismus verneint (er ist bairisch, selbst Heßler), offenbar noch weißlauter gemacht, als er es war. So ließ er sich dazu verleiten, bei seinem ersten öffentlichen Auftreten nach der Landkonferenz in rein agitatorischer Weise Stimmung gegen die Bayern zu machen, dem er unterließ, daß seine ganze Mitarbeit bei der Reichsreform nur auf die Verprechtung des Reiches und der Länder eingestell sei. Er genierte sich auch nicht, weiten Zentrumskreisen in Norddeutschland ins Gesicht zu schlagen mit der Bemerkung, ihre Ziele vom dezentralisierten Einheitsstaat sei mehr oder weniger Blech. Eine ganze Reihe anderer robuster Bemerkungen zeigte ebenfalls, daß Dr. Held trotz seiner Vorliebe für die hohe Politik der Provinzagitator der Bayerischen Volkspartei geblieben ist.

Unter diesen Umständen werden die hellhörigen Zentrumsleute aus Württemberg und Baden ihre Zurückhaltung in Augsburg sicherlich nicht bedauern haben, und man wird bezweifeln dürfen, ob diese Augsburger Tagung der geplante fruchtbare Anfang zu einer engeren Fühlungnahme zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem süddeutschen Zentrum geworden ist. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß der Führer der Bayerischen Volkspartei im Reichstag, Prälat Leicht, es vorgezogen hat, den Augsburger Beratungen fernzubleiben.

Die Bergarbeiter beim Völkerbund

Sie verlangen internationale Lösung der Kohlenfrage

Genf, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Präsident und der Vizepräsident des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes, der Franzose Serruys und Staatssekretär Trendelenburg empfingen am Montag eine Delegation der Bergarbeiter-Internationalen, die die Wünsche der Bergarbeiter zur Behandlung der Kohlenfrage durch den Völkerbund vortrug. Die Bergarbeiter-Internationalen war durch ihren Präsidenten Smith-England, sowie den Sekretär Delattre-Belgien, Wigny-Frankreich und den Vorkämpfer des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes Berger vertreten. Albert Thomas führte die Delegation ein.

Smith wies darauf hin, daß die wachsende Arbeitslosigkeit im Bergbau die internationale Bereinigung der Kohlenfrage durch den Völkerbund dringlich mache. Der Völkerbund könne hier ein großes wirtschaftliches und soziales Werk leisten. Berger betonte die Zweckmäßigkeit der Abhängigkeit von Arbeitnehmern, Verbrauchern und Unternehmern des Bergbaues in einem frühen Stadium der Arbeiten des Völkerbundes. Serruys nahm die Wünsche der Bergarbeiter wohlwollend auf, wies aber darauf hin, daß die Struktur des Völkerbundes und die Beschlüsse der Völkerbundsversammlung eine besondere Mitarbeit von Wirtschaftsprüfern wie der Arbeitnehmer nicht vorsehe und die Arbeitnehmer bis auf weiteres nur unmittelbar durch die Teilnahme des Internationalen Arbeitsamtes an den Kohlenverhandlungen beteiligen könnten.

Piscavon macht schönes Haar —

Piscavon schönes Haar bringt Erfolg

hatte Beiß von ihm ergriffen. Er langte nach dem Whiskyglas, das Gallagher noch unberührt in der Hand hielt. „Gib mir das, Kommandant, ich seh', dir schmeint's doch nicht zu schmecken.“

Gallagher reichte ihm nervös das Glas. „Danke schön. Ah! Gute Sache. Na, gut, die Angelegenheit ist ja, wie sie gewesen ist. Gleich als Francis mich im Schraum verlassen hatte, dachte ich auf einmal bei mir selbst, es wäre besser, ich würde ihm nachlaufen und versuchen, ihn davon abzubringen, nach Hause zu gehen. Ich hatt's schon versucht, ihn dazu zu bringen, daß er sich wieder fortmache aus der Stadt und nicht nach Tilsfretet ging. So wie er immer war, der schrullige Kerl, er wollte ja nicht hören auf das, was ich ihm sagte. So sagte ich bei mir selber, Gott sei seiner Seele gnädig: Schön, mein Lieber, ich habe keine Lust, mich selber ins Schlamassel zu bringen, damit du nicht reinjähst und mich noch obendrein in Grund und Boden fluchst. Na, gleichviel, sobald er weggegangen war, entjähst ich mich, ihm nachzugehen und ihm noch 'ne letzte Warnung zukommen zu lassen. Ich rannte raus in den Vorraum, wor ich sehe ich: die Ratte, wie der Kerl um die Ecke schnüffelt. Ich rannte durch den Vorraum durch. Da stand die Ratte an der Tür, die Hände in den Taschentaschen und spähte die Straße hinauf. Dann tauchte er rein in die Straße. Ich ihm nach. 's war gerade noch Zeit zu sehen, wie Francis um die Ecke in die Straße bog, die Ratte immer hinterher. 's ist so klar wie die Sonne. Tatsächlich. Gott sei dem Toten gnädig! Wenn ich in dem Augenblick bloß dran gedacht hätte, dann könnte Francis jetzt am Leben sein, anstatt hier und fast. Gib mir noch was zu trinken, Kommandant, mir ist die Kehle ausgetrocknet.“

Ohne ein Wort oder einen Blick ging Gallagher zu der Schiebetür und klopfte an die Öffnung. Gypso ließ sich nicht einmal dazu herab, seinen Bewegungen zu folgen. Sein Selbstgefühl war grenzenlos. Er merkte, daß er erstaunlich geriebet war. Er fühlte selbst Verachtung für Gallagher in sich. Was Warholand und Connor anbetraf... Er warf einen wohlwollend absätzenden Blick auf sie, wie etwa ein Mann ein paar nützliche Hunde betrachtet. Es war die gleiche Art Blick, die Gallagher stets auf jedermann zu richten pflegte. Gallagher brachte ein reiches Glas Whisky und gab es ihm. Er nahm es, ohne zu danken, ging zum Spudnapf und leerte seinen Mund hinein. Dann schluckte er das Getränk wiederum in einem Zuge, setzte das leere Glas auf den Rammin und räusperte sich tief. Mit lautem Geräusch schlug er die Hände hinter seinem Rücken zusammen. Er begann sich auf den Boden vorwärts und rückwärts zu wiegen wie ein Polizist. (Fortsetzung folgt.)

Einfuhr im Zentrum?

Interessante Neuierungen führender Zentrumsmitglieder über den Stimmungswechsel im Zentrum

Stuttgart, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Auf einer Tagung der württembergischen Windhorstbünde in Ulm äußerte sich der Landesvorsitzende, Abg. Groß, in freimütiger Weise über die wenig günstige Lage der Zentrumspartei. Die Wahlen dieses Jahres hätten ihr „auf ihrer rückläufigen Entwicklung einen weiteren empfindlichen Rückschlag gebracht“. Für die von der Partei in schwersten Zeiten übernommene Verantwortung habe sie wenig Dank geerntet. Der Rückgang sei aber zu groß, als daß man achtlos an ihm vorbeigehen könne. Es sei nicht Parteigoismus, wenn sich das Zentrum künftig anders einstelle. „Nochmals eine Wahl wie die letzte und wir sind dem sozialistischen Programm der Volksgemeinschaft der Produktionsmittel bzw. dem alles befreienden Sozialismus erheblich näher gekommen.“ Darum wüßte die Zentrumspartei, die nach Freiheit strebe und in der Panzerkreuzer- und Friedensfrage anders denke als mancher Alte, ein neues zeitliches Programm. Die bisherige Methode der Windhorstbünde habe nicht zum Ziele geführt, weshalb sie in Zukunft mehr aus ihrer Reserve heraustreten und besonders die Jugend zu erfassen versuchen müßten.

In einem zweiten Referat erörterte Reichstagsabgeordneter Krone das Verhältnis zwischen Alt und Jung im Zentrum. Die Jungen sehen die politischen Dinge anders als die Alten, die Jungen haben aber keine „heißelosen Phantasien“. Faktisch sei nicht alles in der Politik. Dafür erwarte die Jugend bei dem Alter Verständnis!

Der Reichsparteitag des Zentrums

ist nunmehr endgültig nach Köln verlegt und wird am 8. und 9. Dezember abgehalten werden. Das Referat über die Zentrumspartei und die deutsche Politik wird Adam Stegerwald halten. Den Parteiberatungen gehen am 6. Dezember Sonderkongresse und eine Sitzung des Reichsparteivorstandes und am 7. Dezember eine Sitzung des Reichsparteiaussschusses voraus.

Deutsch-rumänische Wirtschaftseinigung?

Der rumänische Gesandte in Berlin, Comnene, und der rumänische Delegierte bei den Verhandlungen in Berlin, Lepedatu, sind mit dem endgültigen Entwurf einer rumänisch-deutschen Wirtschaftsverständigung in Bukarest eingetroffen. Wenn der Entwurf von der Regierung gutgeheißen wird, wird der in Berlin verbliebene rumänische Delegierte, Cromoliu, den Vertrag unterzeichnen.

Deutschnationaler Irrsinn

Der „neue Kurs“, den die Deutschnationalen Partei nach der Wahl Jugenbergs zum Parteichef zu steuern gedenkt, kommt bereits auf den Landeskonferenzen deutlich zum Ausdruck. In Chemnitz hat am Sonntag auf einem Bezirksparteitag der Abgeordnete Freitag-Loringhoven über den Vortritt von Bocarno in den bekannten nationalistischen Gedankengängen gesprochen und schließlich gesagt, die Entwaffnung werde durch die Länder der „Entente“ offen sabotiert. Die nationale Opposition habe daher die Pflicht, auf das Zusammengehen mit den Mächten hinzuwirken, die im Gegenzug zu Frankreich ständen und nicht am Versailles System interessiert seien.

Das wäre der Zweifrontenkrieg, geführt vom entwaffneten Deutschland mit Deutschland als Kriegsgegner. Die Rede Freitag-Loringhovens zeigt aufs neue, welches Geschwätz deutsch-nationale Abgeordnete ihren Bezirksparteitagen bieten dürfen.

Austritte aus dem Stahlhelm

Der Bruderkrieg in den Reichsparteien greift in steigendem Maße auf den Stahlhelm über. Der durch den Erzberger-Mordprozeß bekannte Tillinger und die anderen ehemaligen Willing-Leute, die im Stahlhelm eine besondere Gruppe bildeten, sind dem Beispiel Ehrhards gefolgt und aus dem Stahlhelm ausgetreten. Sie werden zu Hitler gehen.

Beschlagnahme eines antisemitischen Heftblattes

Der völkische „Westdeutsche Beobachter“ in Aisa ist polizeilich beschlagnahmt worden. Nach einer Verfügung des Amtsgerichts war bereits die

am Donnerstag erschienene Nummer zu beschlagnahmen. Die nunmehr beschlagnahmte Ersagnummer halte denselben Inhalt wie die vorhergehende. Sie enthielt einen Leitartikel mit der Überschrift: „Daube von Juden geschächlet“ und brachte auf der Titelseite eine Zeichnung: „Ein Ritualmord“.

Die Botschafterkonferenz gibt nach

Die Botschafterkonferenz hat den Anschlag des Verladebahnhofes der Opelwerke in Rüsselsheim an die Hauptgleise der Reichsbahn genehmigt. Die Genehmigung der Botschafterkonferenz zu der geplanten Anlage eines neuen Hauptgleises Rüsselsheim-Bischofsheim stehen noch aus.

Friedensbotschaft Masaryks

Präsident Masaryk hat beim Empfang der Botschafter der Kammer und des Senats eine Botschaft verlesen, in der er auch zum Friedens- und Reparationsproblem Stellung nahm. Er gab zu, daß die Friedensverträge einer „gewissen Aufhellung“ bedürfen. Alles Vorgehen auf Grund der Friedensverträge müsse ehrlich, offen und loyal sein. Ein Kampf mit Unwahrheiten und Lügen könne keine Abhilfe schaffen.

In einem besonderen Teil der Botschaft ging der Präsident auf das Problem der deutschen Minderheiten ein. Kein Staat habe eine so große Minorität wie Tschechoslowakien. Das deutsche Problem sei eines der wichtigsten des tschechoslowakischen Staates und schon deshalb müsse auf beiden Seiten jeder Chauvinismus ausgeschaltet werden. Es sei Aufgabe der Majorität, die Minorität für den Staat zu gewinnen, und der Eintritt von zwei deutschen Ministern in die Regierung sei ein glücklicher Anfang für eine endgültige Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen.

Neue Ausschreitungen in Frankreich

Die Camelots du roi gegen Herriot.

Paris, 30. Oktober. (Eigener Funkbericht.) In Lyon kam es gestern im Anschluß an die blutigen Zwischenfälle in Pons zu wütenden Demonstrationen der Camelots du roi gegen Herriot. Zahlreiche Borden durchzogen die Stadt unter den Rufen: „Nieder mit dem Mörder Herriot.“ Selbst in den Sitzungssaal des Stadtrates konnten sich etwa 20 Mann von ihnen einschleichen. Als nun Herriot die Sitzung eröffnen wollte, erhoben die Eindringlinge einen tolen Lärm. Sie warfen Stühle und Steine gegen den Vorstandstisch und riefen: „Nieder mit dem Mörder“, „Sack den Mund“, „Mögeft du im Blut erstickt.“ Es kam zu einer furchtbaren Tumultuose Endlich aber wurden sämtliche Eindringlinge verhaftet. Drei sind ins Gefängnis eingeliefert worden.

Paul Boncour läßt sich nicht vorladen

Paris, 30. Oktober. (Eig. Funkbericht.)

Der Vorstand der Sozialistischen Partei hat den Völkerverbandsdelegierten Paul Boncour zum 11. November zur Rechtfertigung seiner Haltung auf der letzten Genfer Tagung vorgeladen. In einem Schreiben an den Vorstand, dessen genauer Inhalt nicht bekannt ist, weigert sich Paul Boncour, der Aufforderung Folge zu leisten. Die Sozialistische Partei im Departement Tarn hat sich mit ihm insofern solidarisch erklärt, als sie die ewigen Angriffe gegen ihn als persönliche Intriguen und kleinliche Machenschaften bezeichnet und ihm aufs neue vollstes Vertrauen ausdrückt.

Der Faschistenhäuptling in Verlegenheit

Coty auf Ausföhrung seiner Versprechungen verklagt

Paris, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der bekannte französische Parfümfabrikant und faschistische Zeitungsdifflator Coty befindet sich seit der Gründung seines für 10 Centimes verkauften „Völkfreund“ in einem ständigen Krieg mit der gesamten Pariser Presse ohne Unterschied der Parteien. Der Mindestpreis für die anderen Zeitungen beträgt 25 Centimes. Cotys Zeitung bildet daher trotz ihres fragwürdigen Inhalts eine gefährliche Konkurrenz. Ein nationalistisches Blatt, die „Liberté“, hat nun ein Mittel gefunden, Coty in den Augen der öffentlichen Meinung gründlich bloßzustellen. Sie hat ihn auf Grund eines französischen Gesetzes, das jedem Steuerzahler das Recht auf Eintragung einer Forderung des Staates gibt, auf Auszahlung von 100 Millionen Franken verklagt, die der Gewaltige vor zwei Jahren der damals in Aussicht genommenen

Amortisationskasse in 10 Jahresraten zur Verfügung zu stellen versprochen hatte. Als die Kasse gegründet war, hätte sich Coty mit nützlichen Vorschlägen um die Zahlungen gedrückt. Sein Versprechen kann jedoch nach der Liberté als öffentlicher Schenkungsakt angesehen werden; auf diese Annahme stützt das Blatt seine Klage.

Wie der Prozeß auch ausgeht, auf jeden Fall wird Coty in den Augen der Öffentlichkeit viel von seinem Nimbus verlieren.

Das Rote-Kreuz gegen den Krieg

Die 13. Internationale Rote-Kreuz-Konferenz, die im Haag tagt, hat auf Antrag der süd-slawischen Delegation einstimmig eine Resolution angenommen, worin erklärt wird, daß die Propaganda gegen den Krieg eine der ersten Pflichten aller internationalen Rote-Kreuz-Vereinigungen sei.

Neuer Terror gegen die Emigranten

Nach Pariser Zeitungsberichten aus Rom liegt dem Fascistenrat ein Gehektwurf Mussolinis vor, der allen Emigranten, die bis zum 1. Januar nicht zurückgekehrt sind, die italienische Staatsangehörigkeit für immer entzieht.

Der gewaltige Mussolini gibt klein bei

Er erkennt die neue Regierung Chinas an und erfüllt ihre Hauptforderungen.

Der italienische Gesandte hat der Regierung von Nanjing die Mitteilung gemacht, daß Italien bereit sei, die nationalsozialistische Regierung anzuerkennen, die Verträge zu revidieren und sich an der Zollkonferenz zu beteiligen.

Italien hatte sich bislang mit am entschiedensten geweigert, der Regierung von Nanjing entgegenzukommen.

Die Verhandlungen Chinas mit Japan

Die Verhandlungen des japanischen Konsuls Jaba mit dem chinesischen Außenminister Wang werden fortgesetzt. Die chinesischen repräsentativen Körperschaften fordern, daß Japan in Zukunft bei den Verhandlungen nicht durch einen Konsul, sondern durch seine Gesandten vertreten wird und daß die restlose Zurückziehung der Truppen aus Schantung erfolgt.

Arbeiter-Sport

Fußballsparte

Labung des Verhandlungsausschusses am 5. November 1928. Folgende Sportgenossen sind geladen: 20 Uhr (Einspruch) B.C. Wormwärts gegen Osmig, dazu haben zu erscheinen beide Vereinsvertreter, Schiedsrichter Brauh. Zeugen stellen die Vereine selbst. — 20,30 Uhr Vereinsvertreter Diana-Cosel und S.C. Sparta. — 20,45 Uhr Franke, Schmidt, Kaporte, Jr. Sportfreunde, sowie Schiedsrichter Schmiade 1924 und Kellmann (Sparta). — 21 Uhr Ernst Schauer mann, Jr. Sportfreunde, und Gerhard Flinski (West) sowie Schiedsrichter-Obrmann Säger. — 21,15 Uhr Otto Scheller (Wratistawia) sowie Schiedsrichter Kronig. — 21,30 Uhr Knoblich (West) sowie Schiedsrichter Dittich (V.f.L.). — 21,45 Uhr Vereinsvertreter Hermannsdorf. — 22 Uhr Vereinsvertreter Wratistawia.

* Freie Turnerschaft Breslau E. B. 7. Abteilung. Mittwoch, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, bei Kiste: Vorstandssitzung.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ E. B. Mittwoch, den 31. Oktober, treffen sich alle Helfer der Kinderwanderungen und alle, die gewillt sind, unsere proletarische Abendfeier durch Verkauf von Programmen zu unterstützen, im Photobem, Messergasse 11, bei Wagner, ein. — Donnerstag, den 1. November: Vereinsversammlung. Vortrag des Stadtschulrats Schremmer: „Lang und Tracht im alten Breslau“.

Arbeiter-Sti-Klub, Mittwoch, den 31. Oktober: Verammlung im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses.

Arbeiter-Schützenbund. Jeden Dienstag, von 20-22 Uhr: Bolzen- und Kugelbüchsenübungen bei Reimann, Neue Antonienstraße.

Arbeiter-Kartell für Sport und Körperpflege Sundsfeld. Sonntagabend, 3. November, abends 7,30 Uhr, in Sundsfeld (Blauer Hirsch): Generalversammlung. Jeder Verein 3 Delegierte. Kartellener mitbringen.

GREILLING

Mit Typ 5 wurde ein Erzeugnis deutscher Wertarbeit geschaffen, das alle Merkmale höchster Qualität in sich trägt. Durch eine vollendete Mischung der besten Tabake, Samsoun und Xanthi, ist ein prachtvolles Aroma erzielt worden. - Typ 5 mit dem neuen Edelweiß-Mundstück aus hauchdünnem Film ist die Standardmarke Deutschlands geworden



TYP 5

Die Erzeugnisse Mittelddeutschlands größter Zigarettenfabrik sind nun auch in Schlesien zu haben
Fabriklager: Breslau, Junkernstraße 41/43 (Raiffeisenhaus) / Tel. 24097 / Generalvertreter: Conrad Przybilka

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 30. Oktober 1928.

Nur noch zweimal

Gesangt „Das Gesetz“ zur Aufführung, und zwar: Heute, 20 Uhr, im Zentralballsaal, Freitag, 20 Uhr, im Zirkus Busch.

Keiner veräume, dieses Stück aus dem Sozialistengesetz zu sehen!

Sozialistischer Schulungskursus Die katholische Kirche in Deutschland

In seinem zweiten Referat über die katholische Kirche ergründete Genosse Felsen die Ausführungen des Papstes erklärte bezüglich der Meinung der christlichen Gewerkschaften, daß Religion in den Wirtschaftskämpfen nicht mitsprechen hätte, diese Auffassung als irrig. Die Kirche hat deshalb auch die christlichen Gewerkschaften bekämpft, weil sie ihre religiöse Neutralität erklärten. Die rein katholischen Arbeitervereine, die schon vor den christlichen Gewerkschaften bestanden, wurden von der Kirche nach Gründung der christlichen Gewerkschaften ausgebaut. Es ist richtig, daß der Papst im Jahre 1912 die christlichen Gewerkschaften zwang, sich den Arbeitervereinen anzuschließen. Der Grund dafür war aber nicht die Erkenntnis, daß die christlichen Gewerkschaften gut gegen den Streikmut der freien Gewerkschaften zu gebrauchen seien. Diese Erkenntnis ist der Kirche erst aus den von der deutschen Regierung mit dem Papste aufgenommenen Verhandlungen geworden.

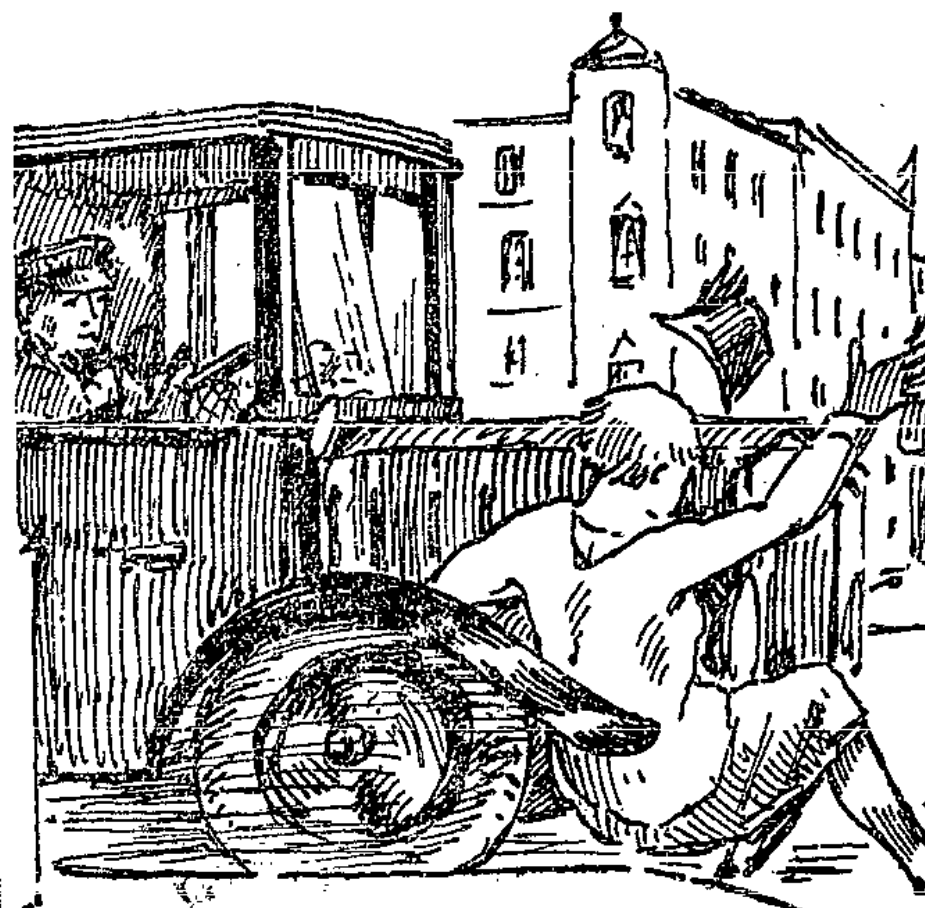
Der Organisationsmittelpunkt der katholischen Arbeitervereine nach Gründung der christlichen Gewerkschaften war Berlin. Eine andere katholische Großorganisation, der Katholische Volksverein, schlug seinen Zentralrat in München-Gladbach auf. Er wurde die Hochschule des Katholizismus. Der Sozialist steht der katholischen Kirche vom wissenschaftlichen Standpunkte aus weder feindlich noch freundschaftlich gegenüber. Die Agitation für seine Gedankenwelt führt der Sozialist gegen das Zentrum, das durch die katholische Religion zusammengehalten wird, in dem aber großartigste und großindustrielle Kreise die Politik bestimmen. Zu dieser Erkenntnis muß der katholische Arbeiter gebracht werden. Dann wird er seine religiösen Interessen allein von der katholischen Kirche vertreten lassen, für die Führung seiner Wirtschaftskämpfe wird er aber die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei wählen.

Volksvermehrung beim „Generaler“

Unter dem Titel „Unser Erfolg, Tatsachen zur eigenen Prüfung und eigenem Urteil“ verbreiten die Breslauer sogenannten „Neuesten Nachrichten“ eine Werbeschrift. Durch eigene Prüfung kann der Leser allerdings leicht zu dem „eigenen Urteil“ kommen, wie der Erfolg sich auf Schwindel aufbaut. Man sehe sich nur das Bild „Das Heer der Breslauer Träglinge“ ein wenig genauer an, und man wird finden, wie das „Heer“ vergrößert wurde, indem man die rechts photographierten Frauen links noch einmal antraten ließ, jedoch sie also zweimal in dem „Heer“ erscheinen. Jedenfalls stellt das Bild eine ganz gemeine Fälschung zur Veranschaulichung der Leser dar. Doch in Bildern ist ja der „Generaler“ überhaupt groß. Wir erinnern nur an Sonja, die garnicht existierende Braut des Juwelierhäubers Spruch, von der die verschiedenen Generalanzeigen aus ihrem Vorrat die verschiedensten Bilder hervorgehakt haben, und an so manche andere ungläubliche Leistung. Doch manche Leute wollen betrogen sein und auf diese baut der „Generaler“ seine Erfolge auf.

Vom Auto erfaßt . . .

Im Gemüß des städtischen Gastens überdönen gellende Menschenjohre und Bremsengekreisch die Symphonie des Verkehrslebens; ein Unfall hat sich ereignet. Ein unachtsamer Mensch hat den Fahrdamm betreten, ohne sich zu vergewissern, ob er ihn, ohne Schaden zu nehmen, überqueren kann, oder ein rücksichtsloser Fahrzeugführer brachte den Menschen in die gefahrbringende Lage.



Ein paar Vorübergehende nehmen neugierig Kenntnis von dem traurigen Vorkommnis, jammern, bedauern, beschuldigen und — gehen weiter! Ein alltägliches Bild. Am nächsten Tage meldet die Zeitung mit ein paar Worten den belagerten Vorfall. Keine große Abhandlung, denn der Unfall ereignet oft an einem Tage eine zehn- bis zwanzigfache Wiederholung. Infolgedessen muß sich die Zeitung kurz fassen. Warnungen verpuffen zwecklos, alles, was den Menschen vor Augen geführt wird, um sie der Gefahr des Verunglückens möglichst zu entziehen, sehen sie, lesen sie, aber im nächsten Augenblick haben sie es wieder vergessen.

Der Kampf ums Dasein läßt den Menschen manche Gefahr für Gesundheit und Leben übersehen. Wer möchte sich zu den alltäglichen großen und kleinen Sorgen auch nach die Sorge machen, daß er unter Umständen verunglücken könne?

Und so fallen dem Unfall, den die Menschen genau kennen, von dem sie wissen, daß er gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schaden im Geolge hat, täglich viele zum Opfer, die im monotonen, rasenden, rauschenden Getriebe des Alltags vergessen, beständig des Ungeheuers zu gedenken. Die Vielheit der Unfälle, von denen täglich zu hören und zu lesen ist, stumpft ab, macht gleichgültig. Wer sollte auch in der heutigen katastrophalen Eilendszeit, in der jeder um sein eigenes Dasein zu ringen hat, noch Zeit zum Bemitleiden Verunglückter erübrigen können? „Der Unachtsame ist sich ja selbst schuld!“ kommt es von den Lippen vieler, die Zeugen eines Unfalles sind; oder wenn ihn ein anderer verschuldet hat, dann bereitet den meisten schon die Gewißheit, daß der Rücksichtslose zur Verantwortung gezogen und bestraft wird, eine Genugtuung. Freilich für den Verschuldeten eines Schadens an menschlicher Gesundheit ist die Strafe eine Lehre, die mehr fruchtet als hundert Warnungen und Bitten zu erzielen vermögen; auch für den zu Schaden gekommenen ist die Verunglückung eine Lehre, allerdings eine viel zu teuer erkauende, aber man muß oft die Beobachtung machen, daß ein Unfall, der keinen Schaden bringt, wenig erzieherisch wirkt.

Es gibt also keinen anderen Weg, Unglücksfälle zu bannen, als Strafen zu urteilen und Schäden zu lassen, wenn Warnungen, Ermahnungen und Bitten nicht helfen. Werde des-

halb nicht grob, wenn dich jemand zur Vorsicht ermahnt. Denke etwa nicht, daß es den Menschen, die auf dein Wohl bedacht sind und dich warnen, gleichgültig sein kann, was dir ob deiner Unachtsamkeit geschieht. Ja, so sind die Menschen! Wer im Augenblick höchster Gefahr noch Warnungen ausspricht, kann sich darauf gefaßt machen, daß er Grobheiten zu hören bekommt.

Es vermag sich jeder Mensch auszudenken, was das Kranksein für ihn bedeutet. Wenn es nur bei einem mehrwöchigen Kranksein sein Bewenden hätte, wäre ja so ein Unglücksfall noch erträglich, aber nur zu deutlich sieht das Gepeinigt jahrelangen Siechtums deutlich und eindringlich vor unseren Augen. Sei also, lieber Zeitgenosse, stets darauf bedacht, dir das einzige von der Natur mitbekommene Gut, die Gesundheit, für dein ganzes Leben zu bewahren und beständige dich auch, diesen Schatz anderen Menschen zu erhalten.

Die Tatsache, daß sich die Zahl der täglichen Verkehrs-unfälle in aufsteigender Kurve bewegt, ist Anlaß genug, daß sich jeder bemühe, zu Schaden gekommenen Mitmenschen im Augenblick des Verunglückens zu helfen, da es oft von Minuten abhängt, lebensgefährliche Situationen zu bannen. Um jedermann Gelegenheit zu geben, das Helfen so gemächlich zu erlernen, veranstaltet die Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Breslaus auch im kommenden Winterhalbjahr wieder

neun Unterrichtskurse

in der ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen, wo Gelegenheit gegeben ist, sich das Wissen anzueignen, dessen man bedarf, wenn man einem Verunglückten helfen will, ohne ihm dabei, wenn auch unbeabsichtigt, weiteren Schaden zuzufügen.

Die Kurse, die in der Zeit vom 29. Oktober bis 2. November beginnen, sind für Teilnehmer beiderlei Geschlechts noch aufnahmefähig. Sie finden statt:

- am Dienstag in der Volkshule Jahnstraße; Leitung: Dr. Schmerel; am Dienstag in der Volkshule Tauentzienstraße 84, Leitung: Dr. Herbert Hoffmann; am Mittwoch in der Volkshule Rosenstraße 4, Leitung: Dr. Malisch; am Mittwoch in der Evangelischen Volkshule Deutsch-Billa; am Mittwoch bei Laugwitz in Breslau-Neutisch, Leitung: Dr. Lewin; am Freitag in der Volkshule Fürstenstraße, Leitung: Dr. Seidenberg; am Freitag in der Volkshule Sadowastraße, Leitung: Dr. Ruben; am Mittwoch in der Evangelischen Schule in Breslau-Hundsfeld, Leitung: Dr. Krowatz. Für Jugendliche beiderlei Geschlechts beginnt ein Kursus am Dienstag in der Aula des Zwinger-Gymnasiums, Leitung: Dr. Bloch.

Die Teilnahme an diesen Kursen ist vollständig kostenlos. Anmeldungen nur noch am ersten Unterrichtabend.

Auch in den Orten Kettendorf, Orlagin, Boischwitz, Trebnitz und Neumarkt sollen in nächster Zeit Arbeiter-Samariterkolonnen gebildet werden. Wer sich aus diesen Orten in den Dienst der wirksamsten Nächstenliebe stellen will, der gebe sofort seine Adresse dem Bezirksleiter der Arbeiter-Samariter, Genossen Fiebig, Breslau 2, Fürststraße 4 (Volkswacht), bekannt.

In unserer Buchhandlung

Neue Taschenstraße 11, befindet sich eine ständig wechselnde Ausstellung der bekannten Reichsdrucke. Das große Lager (das einzige in Breslau) zeigt die Namen der größten Künstler aller Zeiten, wie Albrecht Dürer, Rembrandt, van Dyk, Cranach, Thoma und andere. Die Schönheit dieser Arbeiten (Holzschnitte, Radierungen etc.) sowie die äußerst niedrig gehaltenen Preise (bestehen von 75 Pf. an, 1,25, 1,50 bis 100 Mark) machen die Reichsdrucke zu beliebten Geschenken.

Wir nehmen nochmals Gelegenheit, allen Parteiangehörigen und Lesern unserer Zeitung den unverbindlichen Besuch dieser Ausstellungen zu empfehlen. Der Eintritt ist selbstverständlich frei.

Zum Weltspartag!

Der letzte Tag im Oktober ist seit Jahren den interessierten Kreisen ein Propagandatum für das Sparen. Alle Sparkassen, seit dem letzten Jahre aber auch die Aktien- und Privatbanken, benützen den Weltspartag, um die Notwendigkeit des Sparens und die verschiedenen Sparmöglichkeiten der Bevölkerung bekannt zu machen.

Wenn wir sehen, daß die Einlagen der deutschen Sparkassen heute schon wieder 6 Milliarden Reichsmark überstiegen haben, gegen rund 20 Milliarden Spargelder bei Kriegsbeginn, so zeugen diese Zahlen gewiß von einem großen Sparsinn bei der übergroßen Mehrzahl der Bevölkerung. Deshalb ist wenig über die Notwendigkeit des Sparens zu sagen. Bedeutet doch das Sparen nichts anderes, als die Rücklage von Einkommensteilen zu Zwecken späteren Verbrauchs. Spargelder sind also zumeist vorübergehend freie Einkommensteile von Arbeitern, Angestellten und Beamten, nicht aus hohen Bezügen erübrigt, er spart, zur Vermögensbildung, sondern gespart durch Konsumbeschränkung zur Bedürfnisbefriedigung in späteren, vielleicht unvorhergesehenen Fällen. Jeder Arbeiter und Angestellte weiß, wie wichtig bei seinem Bedarf an Kleidung, Wohnung und Kulturgenüssen, — ganz abgesehen von Krankheiten und Arbeitslosigkeit — gesparte Gelder sind.

Besteht im allgemeinen Uebereinstimmung bezüglich der Sparnotwendigkeit in der gegenwärtigen Zeit, so wird leider über die Anlage der gesparten Gelder wenig nachgedacht. Zwar weiß jeder, daß Gelder bei Bankinstituten nicht nur besser als im Strumpf aufgehoben sind und zudem noch Zinsgenuß bringen; aber was mit den Geldern dort geschieht, darüber denken wohl die Wenigsten nach. Und doch ist diese Frage, besonders für den organisierten Arbeiter und Angestellten wichtig genug, um sie gerade am Weltspartag zu besprechen.

Spargelder sind eine der wichtigsten Kreditquellen unserer Wirtschaft. Kein Wunder, wenn heute um das Geld des kleinen Mannes nicht nur die 3000 Sparkassen und öffentlich-rechtlichen Bankinstitute mit ihren Giroverbänden werben, sondern auch die Großbanken und Privatbanken. Durch Zinskonkurrenz und Sparerleichterungen sollen die Sparer gewonnen werden. Der Konkurrenzkampf zwischen Privatbanken und öffentlichen Sparkassen hat besonders in den letzten Monaten Formen angenommen, die deutlich zwei Interessengebiete hervortreten lassen.

Eine neue wichtige Form nichtkapitalistischer Unternehmungen im Bankwesen sind die Eigenbetriebe der organisierten Arbeiterschaft. Hier kommen in der Hauptsache die Arbeiterbanken und die Sparvereine der Konsumgenossenschaften in Betracht. Bei den Arbeiterbanken ist die Gewähr für die Verwendung der Gelder im Sinne der Einleger am besten gegeben, d. h. die zweckentsprechende Verwendung der Gelder im Interesse der Arbeiterschaft. Wie die Arbeiterbanken selbst ein Gebilde der Gemeinwirtschaft sind, haben sie auch die Aufgabe, die

Advertisement for SPART (Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.) featuring the word 'SPART' in large letters and a logo at the bottom.

Die deutsche Arbeiterbank, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., wird beherrscht von den Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, dem Hauptverband deutscher Krankenkassen und der Konzentration A.-G.

Die Arbeiterbank hat in den wenigen Jahren ihres Bestehens eine außerordentliche Entwicklung genommen. Der Einlagenbestand betrug am:

Table with 2 columns: Date and Amount. Rows show growth from 1923 to 1928.

Entsprechend sind auch ihre Erfolge auf dem Gebiete der Gemeinwirtschaft. Neben der Unterstützung der Konsumvereine, Bauhütten, Parteibetriebe, Gewerkschaftshäuser usw. hat sie allein im Jahre 1927 dem Wohnungsbau zu 4000 neuen Wohnungen verholfen durch Vergabe entsprechender Kredite. Sie betreut heute die Lindlar-Jahradwerke A.-G., die Birapa G. m. b. H., eine eigene Revisions- und Treuhandgesellschaft m. b. H. und ist maßgeblich an einer Hypothekbank beteiligt. Kein Wunder, wenn die „Deutsche Arbeitszeitung“ vor kurzem schrieb:

„Zweifellos bildet die Arbeiterbank“ ein außerordentlich wichtiges Hilfsmittel im Kampf der freien Gewerkschaften für eine Vorbereitung künftiger Umstellung der Wirtschaftsordnung zur sozialistischen Planwirtschaft im Wege der Stärkung des Staatskapitalismus und der Errichtung gemeinwirtschaftlicher Trusts ... Jedenfalls bedeutet ein Hinweis auf diese Vorgänge eine ernste Mahnung an die verantwortlichen Stellen der Wirtschaftsorganisation, diese scharf geschliffene „kapitalistische“ Waffe der Gewerkschaften sorgsam zu beobachten und geeignete rechtzeitige Abwehrmaßnahmen in den Kreis ihrer Zielsetzungen einzuflechten.“

Die Arbeiterbank steht noch in vollster Entwicklung. Noch ist das Ziel: Alle Gelder der Arbeiterschaft zur Arbeiterbank lange nicht erreicht. Alles, was Arbeitnehmergelder verwalten und von Vertretern der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung beeinflusst wird, muß mehr und mehr die Arbeiterbank anziehen. — Dabei ist aber eine wichtige Quelle neuer Gelder für eine soziale Beeinflussung unserer Wirtschaft die Sparkraft der Millionen organisierter Arbeiter, Angestellter und Beamter. Besondere Sparsparteiungen der Arbeiterbank und des Konsumvereins „Vorwärts“ dienen diesem Zweck. (Wir verweisen auf den heutigen Interzentalk.) Ein Netz von Filialen und Zahlstellen soll die Benutzung der Sparkasse der Arbeiterbank erleichtern und fördern. Unsere Parole am Weltspartag lautet: „Sparergelder gehören in die Arbeiterbank oder in den Konsumverein „Vorwärts“! Spart bei der Arbeiterbank oder im Konsumverein „Vorwärts“!

Die Änderungen im Straßenbahnverkehr

Der am 1. November 1928 in Kraft tretende Winterfahrplan der städtischen Straßenbahn sieht folgende Änderungen vor:

I. Änderungen in der Linienführung infolge Einführung des Einbahnstraßenverkehrs.
Die Verordnung des Herrn Polizeipräsidenten, daß die Straßenzüge Neuschkestraße—Oblauer Straße einseitig und Albrechtstraße—Nikolaistraße andererseits in Zukunft nur in einer Fahrtrichtung befahren werden dürfen (Einbahnstraßenverkehr), machen nachfolgende Änderungen in der Linienführung der Straßenbahn notwendig. Die Änderungen treten mit Durchführung des Winterfahrplans ab 1. November in Kraft.

- Es werden verkehren:**
- Linie 1:** Von der Westendstraße über Königsplatz—Neuschkestraße—Ring (Südseite)—Christophoriplatz—Klosterstraße—Feldstraße—Oblauer—Leßingplatz über die Leßingbrücke nach Grünäcker.
Zurück: Von Grünäcker über die Leßingbrücke—Albrechtstraße—Ring (Nordseite)—Königsplatz nach Westend.
 - Linie 2:** Von der Klärstraße im Zuge der Linie 18 bis zur Hauptpost—Weiße Ohle—Ritterplatz—Eisenau—Sternstraße bis zur Hauptpost.
 - Linie 3:** Von der Klärstraße über Ritterplatz—Katharinenstraße—Leßingstraße—Zwingerstraße im Zuge der Linie 18 bis zur Klärstraße.
 - Linie 4:** Von der Westendstraße über Königsplatz—Neuschkestraße—Ring (Südseite)—Christophoriplatz—Klosterstraße—Mauritiusplatz nach Morgenau.
Zurück: Von Morgenau über Mauritiusplatz durch die Garpestraße—Oblauer—Albrechtstraße—Ring (Nordseite)—Königsplatz nach der Westendstraße.
 - Linie 5:** Vom Flughafen bzw. Promnitzstraße über Königsplatz—Neuschkestraße—Ring (Südseite)—Christophoriplatz—Klosterstraße nach Klein-Ishank.
Zurück: Von Klein-Ishank über Mauritiusplatz—Klosterstraße—Feldstraße—Oblauer—Ring (Nordseite)—Nikolaistraße—Königsplatz nach der Promnitzstraße bzw. Flughafen.
 - Linie 6:** Von Schmiedefeld bzw. Flughafen über Königsplatz—Neuschkestraße—Ring (Südseite)—Christophoriplatz—Leßingstraße nach Schönstraße bzw. Dürigau.
Zurück: Von Schönstraße bzw. Dürigau über Hauptbahnhof—Poststraße—Albrechtstraße—Ring (Nordseite)—Nikolaistraße—Königsplatz nach Flughafen bzw. Schmiedefeld.
 - Linie 21:** Von der Westendstraße über Königsplatz—Neuschkestraße—Ring (Südseite)—Christophoriplatz—Klosterstraße—Feldstraße—Oblauer—Leßingbrücke nach Leerbeutel.
Zurück: Von Leerbeutel über Freiheitsbrücke—Albrechtstraße—Ring (Nordseite)—Nikolaistraße—Königsplatz nach der Westendstraße.
 - Linie 9:** Von Gräbchen (Straßenbahnhof) über Sonnenplatz—Ring (Südseite)—Christophoriplatz—Klosterstraße—Feldstraße bis zum Postisdamm.
Zurück: Vom Postisdamm über Albrechtstraße—Ring (Nordseite)—Sonnenplatz nach Gräbchen.
 - Linie 10:** Von Gräbchen (Friedhöfe) über Sonnenplatz—Ring (Südseite)—Oblauer—Feldstraße—Oblauer—Leßingbrücke—Walbertstraße—Sternstraße nach Leerbeutel.
Zurück: Von Leerbeutel durch die Sternstraße—Walbertstraße—Leßingbrücke—Hauptpost—Ring (Nordseite) nach Gräbchen (Friedhöfe).
 - Linie 14 (11):** Die bisherige Straßenbahnlinie 14 wird unter der Linie 14 vom Straßenbahnhof Gräbchen bzw. von den Gräbchener Friedhöfen über Sonnenplatz durch die Gartenstraße nach dem Hauptbahnhof, die Taschen- und Poststraße und weiter im Zuge der Linie 24 nach der Matthiasstraße geführt.
Zurück: Von der Matthiasstraße über Eisenau—Ritterplatz nach der Hauptpost, dem Hauptbahnhof—Gartenstraße—Sonnenplatz nach Gräbchen bzw. den Gräbchener Friedhöfen.
 - Linie 17:** Von Hellmuthstraße—Kaiser-Wilhelm-Straße—Ring—Schuhbrücke—Burgstraße—Universitätsbrücke nach Schiewerderplatz.
Zurück: Vom Schiewerderplatz—Universitätsbrücke—Schmiedefeld—Ring—Kaiser-Wilhelm-Straße—Lohestraße—Hellmuthstraße.
 - Linie 18:** Die Linie 18 wird künftig ab Oblauer—Ufer und auf dem Rückweg ab Kaiser-Friedrichstraße statt über die Leßingbrücke über die Freiheitsbrücke geführt.

An der Linienführung der übrigen Straßenbahnlinien ändert sich infolge Einführung des Einbahnstraßenverkehrs nichts.

- II. Eröffnung neuer Linien.**
Neu eingerichtet wird eine Kraftomnibuslinie Breslau-Treibnitzer Platz—Carlowskij, vom Treibnitzer Platz über Treibnitzer Straße, Cora-Allee, Hindenburgstraße, nach der Kajernenstraße und zurück.
Die Wagenfolge ist mit 30 Minuten vorgegeben.
- III. Sonstige Änderungen.**
- a) **Straßenbahn:** Die Abfahrtszeiten der Straßenbahn im wesentlichen sind dem Verkehr im Winterhalbjahre entsprechend angepaßt worden. Bei den Linien 1, 4, 10, 14, 15, 18, 21, 24 ist jeweils die Fahrzeit verkürzt worden, um mit Rücksicht auf den Fahrwertverkehr eine schnellere Beförderung der Fahrgäste zu ermöglichen.
 - b) **Omnibusse:** R-D-Linie nach Deutsch-Villa: Die Endstelle der Omnibuslinie Breslau—Flughafen—Deutsch-Villa ist nach Schmiedefeld verlegt und die Wagenfolge auf 20 bzw. 40 Minuten an Stelle des bisherigen 25 bzw. 45-Minuten-Verkehrs vermindert worden.

IV. Änderung von Haltestellen.
Mit Rücksicht auf die überaus dichte Wagenfolge in den Einbahnstraßen müssen insgesamt Doppelhaltestellen eingerichtet werden. Diese Doppelhaltestellen sind kennzeichnend durch eine in einem Abstand von etwa 20 Meter zwei Haltestellen mit aufeinander „D“ angepaßt. Der Verkehr an diesen Haltestellen wird sich wie folgt abwickeln:
Befindet sich an der Haltestelle kein Wagen, so fährt der zuerst ankommende Wagen bis in die Höhe der ersten Haltestelle vor, um die Haltestelle nach Beendigung des Ein- und Ausfahrverkehrs wie an den übrigen Haltestellen üblich zu verlassen.
Ist die erste Haltestelle der Doppelhaltestelle mit einem Wagen besetzt, so hält der zweite ankommende Zug anschließend an dem bereits an der ersten Haltestelle haltenden Wagenzug. Nach Beendigung des Ein- und Ausfahrens fährt der an der zweiten Haltestelle haltende Wagen jedoch nicht mehr an die erste Haltestelle, sondern unmittelbar diese Haltestelle. Die Fahrgäste werden daher zweckmäßig die Anzahl der Wagen an der Doppelhaltestelle in dem Augenblick, bevor der zweite Haltestellenwagen ankommt, um von dort aus bestmöglich zu können, an welcher Stelle der Doppelhaltestelle der zur Weiterfahrt dienende Wagen halten wird.

- Die folgende Doppelhaltestellen werden errichtet:**
- a) in der Klosterstraße vor der Feldstraße;
 - b) auf der Südseite des Ringes vor der Einfahrt zum goldenen Beyer;
 - c) in der Oblauer Straße zwischen Weidenstraße und Taschenstraße;
 - d) in der Klosterstraße vor der Feldstraße;
 - e) am Oblauer-Ufer vor der Leßingstraße, in Richtung nach der Hauptpost;
 - f) am Oblauer-Ufer in Richtung nach dem Ring zwischen Oblauer-Ufer und Hauptpost.

Strassenbahnverkehr

- h) in der Albrechtstraße zwischen Schmiedefeld und Schuhbrücke;
 - i) auf der Nordseite des Ringes, vor der Oberstraße;
 - k) auf der Nikolaistraße vor der Weißgerbergasse.
- Folgende Haltestellen werden neu errichtet:**
- a) in der Mauritiusstraße vor dem Grundstück Nr. 12 (für die Linie 4);
 - b) am Oblauer-Ufer in der Richtung nach dem Ring vor dem Leßingplatz für die Linien 4, 18, 21 und 28;
 - c) in der Poststraße in Richtung nach der Oblauer Straße, vor dem Garpe, nur für die Linie 10;
 - d) in der Garpestraße, an der Ecke des Oblauer-Ufers vor Grundstück Nr. 1, in Richtung nach dem Mauritiusplatz für die Linie 16.
- Nachfolgende Haltestellen fallen fort:**
- a) für die Linie 4 am Mauritiusplatz, vor dem Postamt 8;
 - b) Oblauer-Ufer in Richtung nach dem Ring, vor der Garpestraße;
 - c) am Oblauer-Ufer vor der Garpestraße, in Richtung nach der Freiheitsbrücke;
 - d) Oblauer-Ufer, Ecke Feldstraße, in Richtung nach dem Ring;
 - e) am Dominikanerplatz, Ecke Katharinenstraße, in Richtung nach dem Ring;
 - f) in der Albrechtstraße vor der Hauptpost, in Richtung nach dem Oblauer-Ufer usw.;
 - g) Albrechtstraße vor der Schuhbrücke, in Richtung nach dem Ring;
 - h) Albrechtstraße vor der Schuhbrücke, in Richtung nach der Hauptpost;
 - i) Ring—Nordseite—vor dem Kaufhaus Michaelis;
 - k) Ring—Nordseite—gegenüber dem Kaufhaus Michaelis;
 - l) Nikolaistraße vor der Herrenstraße, in Richtung nach dem Königsplatz;
 - m) Nikolaistraße vor der Herrenstraße, in Richtung nach dem Ring;
 - n) Nikolaistraße, hinter der Weißgerbergasse, in Richtung nach dem Königsplatz;
 - o) Büchlerplatz vor der Herrenstraße, in Richtung nach dem Königsplatz;
 - p) Ring (Südseite), vor dem Schmiednitzer Keller, in Richtung nach dem Königsplatz;
 - q) Christophoriplatz, an der Kägelohle, in Richtung nach dem Ring.

heute ist Weltspartag!



spare auch Du!
Städtische Sparkasse zu Breslau.

In den Gewerkschaftshaus-Vorstellungen
wird in dieser Woche wieder an drei Spieltagen ein umfangreiches Programm gezeigt. Der Hauptfilm „Sühne“ ist eine Handlung von Goldgräbern, nach einer Novelle von Jack London, der wohl zu den Schriftstellern gehört, die am meisten gelesen werden. Der Film hat manche Ähnlichkeit mit „Chaplins Goldrausch“ und führt uns in das Land Alaska, die Erde des Goldfiebers. Einen kleinen Trupp Auswanderer begleiten wir, die im fremden Lande ihr Glück suchen. Doch Gold war nicht zu finden, alle Mühen waren umsonst; enttäuscht, niedergedrückt wollten sie umkehren. Als einer eines Morgens mit der Nachricht herbeikam: „Gold!“ Es war entdeckt — und nun beginnt der Kampf um den Besitz. Handlung folgt auf Handlung; Hunger, Kälte, Naturgewalten zwingt die Menschen zum Kampf wieder zusammen.

Im reichhaltigen Beiprogramm zeigt die Wochenchau uns Bilder aus der Welt; ein Kulturfilm führt uns nach Brasilien, dem Wunderland, — ein anderer zeigt uns den Berliner Sender und manches Küchlein für die Rundhörer. Zwei Stunden Schauen zeigen uns so viele neue Eindrücke, daß das Programm nur zu empfehlen ist.

Eine Warnung
Ein Leser warnt vor zwei Reisenden, die eine Ebert-Plakette zum Preise von 12 Mark vertreiben, die keine 3 Mark wert sein soll. Sie berufen sich dabei auf die Partei und lassen es handle sich um einen guten Zweck. Wir geben diese Warnung gern wieder und empfehlen unseren Lesern und Leserinnen die größte Vorsicht gegenüber missigen Anpreisungen.

Die Mietungsverträge angenommen
In unserem letzten Stadtverordnetenbericht war irrtümlich gesagt, daß der kommunale Antrag und zwei Anträge des Genossen Stape zur Senkung der Mieten in Neubauwohnungen in den Ausschuss verworfen wurden. In Wirklichkeit sind sie ohne Ausschußberatung angenommen worden.

Gewerkschaftshaus-Vorstellung

Sühne

Die dramatische, packende Geschichte von Goldgräbern in Alaska

Beiprogramm:

Berlin, Welle 505

Wunder am Amazonas

3 Tage, von Mittwoch bis Freitag, um 8 u. 8 Uhr

Jugend verboten! Uebliche Preise!

Arbeiter-Sport-Kartell

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36/37.
Telefonnummern 59060/59061.
Geöffnet außer Sonntagen von 8—1 und 4—7 Uhr.

Direkt 1. Heute abend 8 Uhr wichtige Sitzung aller Funktionäre und der Mitglieder, die an der Weihnachtsfeier mitwirken wollen, bei Scholz, Schiller, Platz 23.

Direkt 2. Mittwoch, 31. Oktober, abends 8 Uhr, bei Wolf, Berliner Straße 82, außerordentliche Bezirksversammlung.

Direkt 3. Mittwoch, 29. Uhr, bei Wolf, Gebwigstraße 15, Parteitag, Gäste willkommen.

Direkt 4. Mittwoch, 20. Uhr, bei Kluge, Kleine Grobengasse 11, wichtige Funktionärsitzung. Jeder Kassierer muß unbedingt erscheinen.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Heute abend 10 Uhr in jeder Musikstunde bei Genossen Paul Scholz, Brillental 19. Jedes Instrument kann mitgebracht werden. Freitag ist jedes bestimmt im Heim.

Freiwilligkeitsdienliche Jugendfahrten

303. Breslau-Werke. Heute kommen wie pünktlich 19.30 Uhr in der neuen Schule zusammen. Wir haben einen Arbeiterführerabend. Anschließend findet eine Weihnachtsfeier. Heute abend 10 Uhr im Heim. Anschließend findet unsere Probe statt, zu der alle Kollegen, die daran beteiligt sind, erscheinen müssen.

J. A. Jugend. Heute 20 Uhr im Heim 1, Taschenstraße 31: Streikprobe. Texte mitbringen. Mittwoch, 20 Uhr, im Verbandshaus Sitzung des Jugendausschusses. Donnerstag, 1. November, 20 Uhr, Heim 1: Vortrag „Was ich auf der Waise erlebte“. Heim 2: Vortrag „Die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“. (Jeder erscheint bestimmt.)

Von den Arbeiterkinderfreunden

Gruppe 4 (Mittelschule). Heute Dienstag findet ein Gruppentreffen statt. Morgen Mittwoch Jüngeren-Gruppe Spiel und Unterhaltung. Freitag Nachmittagsabend (Freizeit); alle haben ihr Best und den Federhalter mit.

Club der Freidenkerjugend

Heute Dienstag Fortsetzung über die russische Revolution.

Bereinstalender

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau, Delegiertenversammlung, Donnerstag, den 1. November, findet im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses eine Versammlung der Vertreter und Delegierten statt. Es ist unbedingt notwendig, daß an dieser Versammlung jede Bauhütte vertreten ist. Mitgliederbuch und Delegiertenkarte mitbringen. Die Ortsverwaltung.

Amlicher Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Kriesecken bei Breslau.
(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Nachdem es am Montag im Bereiche der höheren mittelmässigen Luft zu leichten Regenfällen gekommen war, stellte sich bereits in den Abendstunden vom Westen her aufsteigende Witterung ein. Die neue Stimmung am 1. bringt heute morgen heftigen Regen und dürfte bei ihrer weiteren Entwicklung in den Subtropenländern zunächst eine Föhnwindlage auslösen. Späterhin wird sich wiederum unbeständige Witterung einstellen.

Aussichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge.
Südwestwind, sehr wolfiges, teils heiteres, trockenes Wetter, mild.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:
Stürmischer West, wolfig bis heiter, trocken, Temperatur um Null.

Moderne Obstkulturen

Auf der diesjährigen Hauptversammlung des Landesverbandes Schließen im Reichsverband des deutschen Gartenbauers, die am vergangenen Sonnabend stattfand, wurde unter anderem auch ein Lichtbildervortrag „Welcher Weg führt im schlesischen Obst- und Gemüsekulturbau zu Erfolg“, gehalten. Der Vortragende, Diplom-Gartenbauinspektor Guenther, Direktor der Gartenbauabteilung bei der Landwirtschaftskammer Niederschlesiens weilt längere Zeit drüben in Amerika und hatte im wesentlichen über seine dort gemachten Erfahrungen im Obstbau zu berichten.

Die plantagenartige Anlage von Obstkulturen erfordert auch eine dementsprechende großzügige Behandlung und Pflege. In zahlreichen Lichtbildern konnte man sich davon überzeugen, wie zum Beispiel die Schädlingsbekämpfung durch Vergiftung der ganzen Kultur erfolgt, oder auch um Schutze gegen Frost die Obstkulturen, durch besondere Dejen geheizt werden. Besonderer Wert wird darauf gelegt, nur einwandfreies Obst auf den Markt zu bringen. Das geschieht zunächst einmal durch Vernichtung minderwertiger Qualitäten, zum anderen aber durch die saubere und sichere Art des Verkaufs. Der Verkauf geschieht ausschließlich durch Genossenschaften. Hier werden die Früchte abgeliefert, durch besondere Sortier- und Verpackungsmethoden sachgemäß verpackt, selbst Kräfte werden vor dem Versand sortiert. Besonderer Wert wird auf die Aufmachung des Obstes gelegt. Neu und wohl allein in Amerika anzutreffen, sind besondere Apparate zur Feststellung, ob Früchte pflanzlich verandert und genußreif sind. Auf dem Transport werden die Obstbindungen noch einmal behördlicherseits geprüft und falls hier die standardmäßige vorgeschriebene Größe nicht vorhanden ist, rücksichtslos die ganze Ladung mit Benzol übergossen und verbrannt. So zeigt Amerika in einer Fülle von Beispielen, welche Wege in Deutschland, und speziell in Schlesien für eine rationellere Obstbaukultur noch einzuschlagen sind.

Falsche Kontrollinspektoren

In letzter Zeit sind wiederholt Betrüger aufgetreten, die sich als Kontrollinspektoren oder Beauftragte der Landesversicherungsanstalt Schließen ausgaben und von Arbeitgebern oder Rentempfängern Geldbeträge zu erschwindeln suchten. In einigen Fällen ist ihnen dies gelungen. Im Interesse aller Beteiligten macht die Landesversicherungsanstalt Schließen darauf aufmerksam, daß ihre Kontrollinspektoren einen auf gelbes Leinwandpapier gedruckten, mit dem Dienststempel der Landesversicherungsanstalt Schließen versehenen Ausweis bei sich führen, den sie bei allen Amtshandlungen unaufgefordert vorzuzeigen haben.

Schuppenbrand in der Tröbelstraße

Heute Nacht wurde die Feuerwehr von verschiedenen Stellen aus nach der Tröbelstraße alarmiert. Hier war ein größerer Lager-Schuppen mit Betonmischmaschinen, Holzbearbeitungsmaschinen und Bauentwürfen in Brand geraten. Das Feuer muß sehr spät gemeldet worden sein, da bei Anbruch der Feuerwehr bereits der Schuppen zusammenstürzte. Infolgedessen war an ein Retten der Maschinen nicht mehr zu denken und es konnte sich nur darum handeln, das Feuer selbst zu bekämpfen. Durch Vornahme von 5 Schlauchleitungen, die von 2 Motorpumpen gespeist wurden, konnte das Feuer eingedämmt werden und bereits nach einhundert Tägigkeit konnte die Depesche „Feuer aus“ abgegeben werden. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich jedoch noch bis gegen 5 Uhr hin. Ueber die Entstehungsurache konnte nichts ermittelt werden.

Ueber eine blutige Schlägerei

berichten bürgerliche Blätter. Danach sollen am Sonnabend Reichsbannerleute einen Mann, der sie beschimpft hatte, so geschlagen haben, daß er mit einem Schädelbruch in ein Krankenhaus eingeliefert worden sei. Nach unseren Informationen hat sich der Vorfall folgendermaßen abgespielt:

Während des Vorbeimarsches des Reichsbanners in der Mauritiusstraße beschimpfte der Chauffeur Willi Hoffmann den Reichsbannerzug in unförmiger Weise, so daß das mitmarschierende Publikum Stellung gegen ihn nahm, und ihm eine Tracht Prügel verabfolgte. Aus dem Zuge des Reichsbanners ist kein Mann herausgetreten. Kriminal- und Schutzpolizei nahm nach dem Vorfall im Lokal, in dem das Reichsbanner seine Versammlung abhielt, eine Gegenüberstellung vor, und stellte fest, daß sich unter den Reichsbannerleuten der Täter nicht befand. Der Mißhandelte ist vernommen worden und hat zugegeben, das Reichsbanner beschimpft zu haben. Er hat keinen Schädelbruch erlitten, wohl aber am Kopfe mehrere Wunden.

* Bemerkt wird seit 24. Oktober das Arbeitsmädchen Gertrud Engel, geb. 20. November 1909 zu Breslau, Friedrichstraße 17 wohnhaft gewesen. Nachricht über den Verbleib der Vermissten erbittet die Kriminalpolizei Breslau, Schuhbrücke 48.

Schlesische Kinderfreunde-Tagung

Die diesjährige Bezirksstagung der schlesischen Kinderfreunde am Sonnabend und Sonntag, den 27. und 28. Oktober, im Gewerkschaftshaus Breslau begann mit einem frohen und festlichen Aufzug der Breslauer Jung- und Volkstänze am Sonnabend abend vor dem Gewerkschaftshaus. Ihre freudige Begrüßung fand bei den Delegierten lebhaften Widerhall, dem Genosse Hans Weinberger, der Sekretär der Kinderfreunde von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, in einer kurzen herzlichen Ansprache Ausdruck verlieh. Der Abend selbst war dann in der Hauptsache vom Referat des Genossen Weinberger über „Wege und Möglichkeiten zur sozialen Kindergemeinschaft“ und der anschließenden Diskussion ausgefüllt. (Ueber das Referat wird noch ausführlich in der Jugendbeilage am 15. November berichtet werden.)

Der Sonntag vormittag vereinigte dann 24 von den 31 Ortsgruppen der schlesischen Kinderfreunde mit 39 Delegierten zu einer wichtigen Arbeitstagung. Als Vertreter des Bezirksvorstandes Mittelschlesiens der Partei und der S.M.J. nahm Genosse Ohlig an den Beratungen teil. Leider hatte es die Parteiorganisation der Stadt Breslau veräumt, einen Vertreter zu entsenden, eine Vergeßlichkeit, die um so mehr zu bedauern ist, als die zur Verhandlung stehenden Fragen wohl Anspruch auf das gesteigerte Interesse der örtlichen Partei haben dürften.

Im Mittelpunkt der Aussprache standen drei kurze

Berichte:

der Geschäfts- und Kassenbericht, der Bericht über die Reichsführertagung in Nürnberg (Genossin Frieda Scholz-Breslau) und der Lagerbericht vom schlesischen Zelllager Kuhlau bei Gottesberg (Genosse Hans Müller-Gottesberg). Aus dem Inhalt der Referate und ihrer Diskussionen ersah man sehr rasch, worauf das Hauptgewicht der Beratungen lag: Voraussetzungen des Zelllagers, das Lager selbst und seine Konsequenzen. Die Kinderfreundebewegung steht momentan in der Situation, daß das

Erlebnis des Zelllagers

für sie prägnantester Ausdruck ihrer Arbeit, ihres Erziehungswillens, ihrer organisatorischen Kraft und Fähigkeiten bedeutet. Daher verband sich mit der Aussprache um die Laitsache des gewesenen schlesischen Lagers in Kuhlau und der für das nächste Jahr vorgesehenen die Erörterung der organisatorischen Probleme im Bezirk, wie prinzipieller Fragen der Kinderfreundebewegung an sich. Die scharfe Kritik Weinbergers an der Bezirksarbeit des vergangenen Jahres und die Stellung der Delegierten dazu ergab als wesentliches Moment den starken Willen sämtlicher Ortsgruppen zur Zusammenarbeit, die Notwendigkeit eingehender Helferschulung und die Umorganisation des Bezirksvorstandes.

Die Arbeit der Gruppen miteinander und aufeinander zu, die schon durch das erste schlesische Zelllager eine starke Förderung erfuhr, hofft man durch und beim schlesischen Zelllager 1929 intensiver zu gestalten. Die Helferschulung wurde als eine der vornehmsten Aufgaben der Ortsgruppen erklärt mit der Versicherung, daß dort wo örtlich nicht zu hebende materielle Schwierigkeiten die Erledigung dieser Aufgabe unmöglich machten, der Reichsaussschuß helfend eingreifen würde. Die

Umorganisation des Bezirks

fand ihren Ausdruck in der Verlegung des Bezirksvorstandes von Breslau nach Waldenburg und der neuen Gestaltung des Vor-

standes selbst. Er besteht künftig nur aus zwei geschäftsführenden Mitgliedern (am gleichen Ort wohnhaft) und der überwachenden Bezirksvertretung, die sich aus je einem Vertreter jeder Ortsgruppe zusammensetzt. Von dieser Neuerung erhofft man sich eine stärkere Arbeitsfähigkeit des Vorstandes und ein intensiveres Mitarbeiten der Ortsgruppen, dessen Fehlen nach dem Geschäftsbericht der inzwischen nach Wien gegangenen bisherigen Bezirksvorsitzenden Emma Fischer bisher ein rasches Fortwärtsschreiten der Bewegung behindert hatte.

Unter dem Eindruck des Kassenberichtes entspann sich eine Debatte über das Verhältnis von Partei und Kinderfreundebewegung, die dann zur Annahme eines Antrages des Inhalts führte, daß an die Partei die Aufforderung gerichtet werden solle, die an ihrem Orte befindlichen Kinderfreundegruppen in jeder Hinsicht tatkräftig zu unterstützen. Im Bericht über die Reichskonferenz der Kinderfreunde (Genosse Pause-Waldenburg) wurde hauptsächlich über innerorganisatorische Angelegenheiten gesprochen — wichtig ist es vielleicht, darauf hinzuweisen, daß der rote Faltel als Symbol der Bewegung nicht ein beliebig zu kaufender Gegenstand ist, sondern von der Gruppe selbst nur vergeben werden kann, Eigentum der Gruppe bleibt und bei Ausscheiden an diesen zurückgegeben werden muß.

Als geschäftsführender Vorstand mit dem Sitz in Waldenburg wurden einstimmig Genosse Müller und Genosse Pause gewählt. Genossin Frieda Scholz erhielt das Bezirksmandat für den noch zu schaffenden Reichsaussschuß der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Die fünfständige Tagung, sachlich in der Kritik, einig im Willen zur wahren sozialistischen Erziehungsarbeit an der kommenden Generation der kämpfenden proletarischen Klasse schloß ihre Arbeit mit dem Lied: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“.

Wer ist Schuld?

Der Kohlenäureausbruch auf Wenzelsplatz vor dem Berufsgericht — Das Antreiberystem auf der Anklagebank — Beamte werden verurteilt, der Direktor freigesprochen

Ueber die Schuldfrage des Kohlenäureausbruches vom 7. Juli 1926 auf der Wenzelsplatzgrube im Neudorfer Revier wurde am Freitag und Sonnabend vor dem Großen Schöffengericht zu Glag als Berufsgericht erneut verhandelt. Bekanntlich waren bei diesem Kohlenäureausbruch vier Bergknappen tödlich verunglückt und eine Anzahl schwer verletzt worden. Die Schuld an diesem Unglück, das sich im März dieses Jahres in noch fürchterlicherer Ausmaße wiederholte, wurde dem Bergdirektor Höflich und verschiedenen seiner Beamten und Angestellten zur Last gelegt. In der ersten Verhandlung, die hierüber im März 1928 vor dem Schöffengericht in Glag stattfand, waren sämtliche Angeklagten freigesprochen worden.

Gegen dieses freisprechende Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Die Beweisaufnahme in der Berufsgerichtsverhandlung ergab im allgemeinen dasselbe Resultat wie in der ersten Verhandlung. Zugegeben wurde, daß bergpolizeiliche Vorschriften außer acht gelassen worden sind. Von verschiedenen Angeklagten wurde darauf verwiesen, daß bei dem ungeheuren Druck, der zur Steigerung der Förderung ausgeübt wurde, es nicht möglich war, das Notwendige zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bergleute vorschriftsmäßig zu beachten.

Neue Münzernsprecher. Bleifachen Wünschen der Bevölkerung nachkommend, hat die Städtische Tiefbauverwaltung die Aufstellung je eines Münzernsprechers an der Lohe, Ecke Steinstraße, und an der Bohrauer, Ecke Brunnenstraße, veranlaßt.

Breslauer Handpuppenstücke (Kasperle-Theater) im Schiedmeyeraal, Karlstraße 48/49, Mittwoch, den 31. Oktober, 18 1/2 Uhr. „Der Schweinehirt“ oder „Kasperle als Detektiv“.

Die Haltestelle der städtischen Straßenbahn für die Linien 6, 18, 24 in der Taschenstraße, zwischen Zwingerstraße und Harnasgasse, wird mit Wirkung vom 29. Oktober für die in Richtung nach dem Hauptbahnhof bzw. Zwingerplatz verkehrenden Wagenzüge, vor das Grundstück Taschenstraße 13, 14, 15 verlegt.

Keine Schnitztaggen in städtischen Anlagen. Die städtische Gartenverwaltung macht darauf aufmerksam, daß Schnitztaggen, wie sie die Kadefahr- und Sportvereine im Herbst gern veranstalten, in den städtischen Anlagen, zu denen auch der Bebel, der Oswitzer und der Weidenhofer Park gehören, wegen der damit verbundenen Verschwendung durch die herumgestreuten Papierfetzen verboten sind.

Ein Auto gestohlen. In der vergangenen Nacht gegen 12.30 Uhr, ist in der Gartenstraße ein offener, zweisitziger, blau-lackierter Doppelwagen mit dem Erkennungszeichen I. K. 7017, gestohlen worden, der vor einem Hotel stand. Von den Tätern ist nichts bemerkt worden.

Wie Taschendiebe arbeiten. Einem Manne, der auf dem Dbertorbahnhoje zwei anscheinend dem Kaufmannsstande angehörende Männer und eine Frauensperson kennen gelernt und mit ihnen verschiedene Lokale aufgesucht hatte, wurde von seiner „Begleitung“ die Geldtasche mit 200 Mark aus der Windjackentasche gestohlen. Es handelt sich zweifellos um gewerksmäßige Taschendiebe, die auf diese Art in den Bahnhöfen ihre Opfer suchen und — wie mehrere Fälle beweisen — auch finden.

Einem Erbschaftsbesitzer wurde in einem Kessel in der Trebnitzer Straße ein Geldbeutel mit 300 Mark aus der Jackettasche gestohlen. — Ein gleicher Diebstahl wurde in einem anderen Lokal ausgeführt, wo einem Kaufmann 65 Mark entwendet wurden.

Durch ein Straßenstich verlegt. An der Ecke Schiedmeyer- und Magazinstraße ereignete sich am Sonnabend abend ein eigenartiger Unfall, bei dem der zehnjährige Schüler Paul Englich, Schuhbrücke 35 wohnhaft, erheblich verletzt wurde. Dem Knaben fiel das an einem ganz morschen Pfahl hängende Straßenschild mit der Aufschrift Magazinstraße 1-9 auf den Kopf, als er mit anderen Kindern an dem Pfahl stand. Das Kind mußte im St. Georgskrankenhaus aufgenommen werden, wo neben einer Verletzung auch eine Gehirnerschütterung festgestellt wurde.

Bandalismus. Am Sonntag warfen acht bis zehn junge Burschen und Mädels auf dem Scheibenwege 10 elektrische Lampen und 4 Gaslaternen mit Steinen ein. Nach Angaben von Zeugen, die unverständlicherweise die jugendlichen Bandalen nicht von der Polizei feststellen ließen, sollen sie Fußballlieder gesungen haben.

Straßenperierung. Wegen Verlegung von Wasserrohren wird die Höhenzollstraße von dem nördlich der Umgehungsbahn nach der Lohestraße abzweigenden Wege bis zum Eisenbahnunterführung vom 29. Oktober bis 4. Dezember halbfertig für Fahrzeuge aller Art gesperrt. — Wegen Verlegung von Wasserrohren wird die südliche Fahrdammhälfte der Ofener Straße von der ehemaligen Stadtgrenze ab 300 m nach Südosten halbfertig vom 1. November bis 1. Dezember für Fahrzeuge aller Art gesperrt.

Noch immer nicht festgestellt ist der Aufenthalt der seit 1. August vermißten Verkäuferin Elfriede Mitsche, geboren am 6. April 1910 zu Breslau, Kohlenstraße 22, wohnhaft gewesen. In ihrer Begleitung befindet sich der Einleger Paul Mühlmann, geboren am 29. März 1908 zu Tachenscheid, Kreis Gubrau, welcher mit der Vermissten ein Liebesverhältnis unterhält. Nachricht über den Verbleib der Vermissten erbittet die Kriminalpolizei Breslau, Schuhbrücke 46, Zimmer 10/11.



Aachen	Dresden	Hagen	Mannheim	Pirna
Annaberg	Düsseldorf	Hamborn	Moers	Solingen
Barmen	Eiberfeld	Hamm i. W.	Mühlheim-Ruhr	Speyer
Baußen	Emmerich	Heidelberg	M. Gladbach	Sierkrade
Bochum	Frankfurt a. M.	Herten	Oberhausen	Waltenscheid
Bonn	Freital i. Sa.	Höchst	Offenbach	Wesel
Cassel	Gelsenkirchen	Köln	Osterfeld	Wiesbaden
Darmstadt	Görlitz	Ludwigshafen	Pforzheim	Wiesdorf

Mittwoch, vormittags 11 Uhr

eröffnen wir unseren 59. Laden seit Januar 1926

in **Breslau** Ohlauer Straße 75

In 20 Abteilungen bringen wir über 3000 Artikel des täglichen Bedarfs in unerreichter Auswahl zu den beiden Einheitspreisen von 25 und 50 Pfg.

Kommen Sie! Musik

Echape A.-G. für Einheitspreise
im Konzern der Leonhard Reis A.-G.

25
50
PFG.

Das System der Blusmacherei
 stand unter Anklage. Direktor Höflich, der in dieser Hinsicht am allermeisten belastet ist, wie dies aus einem im Jahre 1920 von ihm herausgegebenen und gezeichneten Erlaß an die Abteilungsleiter hervorgeht, ist bei der gegenwärtigen Verhandlung am glimpflichsten weggekommen. In dem betreffenden Erlaß heißt es am Schlusse bezeichnenderweise: „Wir müssen unter allen Umständen auf Plus kommen“. Und in diesem Geiste wurde gearbeitet.

Das Urteil
 des Berufungsgerichts sprach Direktor Höflich frei. Die Beamten wurden von der Anklage der fahrlässigen Tötung ebenfalls freigesprochen, wegen Uebertretung der bergpolizeilichen Vorschriften jedoch zu Geldstrafen von 50—150 Mark verurteilt.

Der Eindruck, den dieses Urteil im Neuroder Revier erweckt, erschöpft sich in dem alten Wort: die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen. Sind bergpolizeiliche Vorschriften wirklich übertreten worden, wie das Gericht es im Urteil unterstellt, dann hat die leitende Persönlichkeit, die das Blusmachen zum Prinzip erhob, zweifelsohne nicht nur eine moralische Schuld an dem Tod der vier Bergknappen.

Vom Oder-Wasserstraßenbeirat

Unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Lüdemann trat dieser Tage der Oderwasserstraßenbeirat zusammen. Oberstrombauingenieur Fabian berichtete über das neue Projekt zum Ausbau der Oder bei Glogau. Nach weiteren Vorträgen und Erklärungen wurde eine Entschließung angenommen, in der Beschleunigung des Ausbaues der Oder verlangt wird. Die Entschließung verweist auf die schweren Schäden, die der ostdeutschen Wirtschaft durch die Versommerung der Oberfließfahrt entstanden sind und betont, daß die Halbenbestände der oberfließenden und niederschließenden Gruben eine unwirtschaftliche Höhe erreicht haben. Auch die Verfestigung, die Bemäuerung und die Trinkwasserentfärbung der Städte sei in eine bedenkliche Lage geraten. All dies wäre nicht eingetreten, wenn der Oberausbau rechtzeitig so gefördert worden wäre, daß die im Odergebiet vorgezeichnete Leistungsfähigkeit des Stromes vorhanden war. Es wird daher beschleunigte Herstellung des Ostmargauer Staubeckens, baldige Ausführung der vorgesehenen Stredenbauten der Oder, insbesondere auch durch den Bau einer zweiten Schleuse bei Ranzern und Fortsetzung der Verhandlungen mit der Tschechoslowakei wegen weiterer Staubecken im Oberlauf der Oder und ihrer Nebenflüsse angeregt. — Schließlich wurde noch ein Sonderauschuß bestimmt, der Maßnahmen zur Lösung und Sicherstellung

Morgen Mittwoch

**geht alles in den ersten
 Autorenabend des
 Arbeiter - Bildungs - Ausschusses
 Kurt Kläber liest aus
 eigenen Werken**

der 500 auf dem Oberlauf noch festliegenden Fahrzeuge vor Frost eintritt beraten soll.

Eröffnung einer böhmischen Seilbahn im Riesengebirge
 Morgen wird die erste Versuchsfahrt der Seilbahn, die von Johannishöhe im Riesengebirge bei Trautenau auf den Schwarzen Berg führt, dem öffentlichen Verkehr übergeben.

Liegnitz. Ein „kostbarer“ Kuß. An einem schönen Abend fuhr der Kraftwagenführer Paul B. einlam und verlassen mit dem Wagen seiner Herrschaft durch die Straßen von Liegnitz. Während dieser Fahrt traf er eine Bekannte und lud sie zu einer Spritztour ein. Man fuhr nach Lindenberg und später nach der Schweigerei Rosenthal, wobei das Wiedersehen mit Maibowlen um gefeiert wurde. Auf der Heimfahrt, gegen 10 Uhr, übermüdete ein kleiner Schwips das Mädchen und es schlief ein. Diesen günstigen Augenblick benützte der Chauffeur und verjüngte sich ein Küßchen zu rauben, verlor aber die Gewalt über das Steuer und der Wagen fuhr gegen einen Baum. Durch den Anprall wurde das Mädchen herausgeschleudert und verletzt. Am anderen Morgen erwachte sie im Krankenhaus. Dem Chauffeur kam dieser Kuß teuer zu stehen. Er muß für die Reparatur des zertrümmerten Autos 1800 Mark bezahlen und hatte sich jetzt außerdem vor dem Schöffengericht wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten, wo er 50 Mark Geldstrafe erhielt.

Gottesberg. Im Spiel ins Auge geschossen. Beim Spiel mit Pfeil und Bogen traf ein abgeschossener Pfeil unglücklicherweise einen Spielgefährten eines Bogenschützen ins

Auge. Der Arzt hat wenig Hoffnung, das Augenlicht des Beschädigten zu erhalten.

Leipe Kreis Jauer. Als Nachlaß eines verstorbenen, in ärmlichen Verhältnissen lebenden Arbeiters fand man unter Dachsparren verstaubt ein kleines Kästchen mit einem Schatz: etwa 1000 Mark in Hart- und Papiergeld. Die Angehörigen fanden jetzt den Inhaber der Inflation wertlos gewordenen Schatz, der mit einer Menge Schießpulver (!) gesichert und fest verschlüsselt war.

Sindenburg. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf der Ludwigsglückgrube wurde der Schachtaufseher Richard Sobel von einer Lokomotive erfasst und zu Tode gequetscht.

Gleiwitz. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf der Gleiwitzer Grube stieß bei einer Einfahrt in den Schacht die Förderseile 10 Meter tiefer, wobei zwei Bergleute schwer verletzt wurden. Der eine Bergmann ist seinen Verletzungen erlegen.

Siemianowiz. Grubenbrand. Im Nordfeld 2 der Richterhöfchen entstand in der Nacht zum vorigen Mittwoch plötzlich ein Grubenbrand. Unter Zurücklassung des Gezähes flüchteten die Leute rechtzeitig.

Kattowitz. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Im Walzwerk der Baildonhütte ereignete sich auf der Strecke III eine Kesselexplosion. Der Zünderfahrer August Kozik, welcher am Dampfhammer in unmittelbarer Nähe des Kessels arbeitete, wurde so schwer verbrüht, daß er sofort verstarb. Weitere neun Walzwerksarbeiter, welche sich auf der Walzstrecke befanden, sind leicht verletzt. Die Ursache der Kesselexplosion konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Briefkasten

Allen Anträgen muß eine Bezugsquittung beiliegen. Bezugsquittungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Voltasicht-Trägern oder Trägern; die Postbesitzer haben die Vollquittung beizulegen. Sprecht uns an der Redaktion montags von 12—1 Uhr mittags.

S. S. Wir haben nicht schließen können, wann, wo und von wem in der achtziger Jahren ein Schuhmann Betzer oder Pletter in der Scheitinger Poststadt erschossen wurde.

Wasserstand

30. Oktober

Kallbor..... 0.88	Kantern (Unter-Pegel)..... 1.62
Keiße (Stadt) vom 30. 10..... 0.64	Dyhernfurth..... 0.81
Neißemündung (Unter-Pegel).... 1.44	Abflußmenge (sekundlich) 53 cbm
Brieg (Mastentram)..... 1.58	Rüritzenberg vom 29. 10..... -0.09
Trösch..... 1.02	Wasserwärme + 11.7°

Nicht Soda verlangen, sondern immer Gento

Originals löst, nur in der besten Soda-Fabrik mit dem besten Wasser.

Keine ist um ein Weiteres ergiebiger und besser als Gento! Seit 50 Jahren wird Gento-Soda in gleichbleibender Güte hergestellt.

Weltpartag
 30. Oktober 1928

Spare jede Mark und bringe sie zur Bank

Du trägst damit zur Verminderung unserer ausländischen Verschuldung bei

Du ermöglichst damit die Einfuhr notwendiger Rohstoffe

Du schaffst Arbeitsgelegenheit für Hand- und Kopfarbeiter

Du verbesserst Deine eigene Lebenslage

Breslauer Bankier-Vereinigung

18920

Samilien-Anzeigen

Am 26. Oktober verstarb unser Kollege, der Straßenbahnarbeiter I. R.

Karl Heilmann 80 59

im Alter von 63 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihn

Die Beteiligten der Freiw.-Beerdigungsbeihilfe des Fabr.- und technischen Personals der Städtischen Straßenbahn.

Beerdigung: Mittwoch, 31. Oktober, nachm. 4 Uhr, auf dem St. Heinrich-Friedhof, Strehlener Chaussee.

Strauer-Kleider Mäntel - Kostüme Blusen

in aparten Formen, besten Stoffen, tadelloser Verarbeitung zu maßigen Preisen

Extra-Anfertigung innerhalb 24 Stunden

DAMEN-MÄNTEL-FABRIK Louis Lewy jr. BRESLAU RING 39-40 ALBRECHT-STR. 3

Altholz

kann unentgeltlich abgeholt werden

Sartzen Kömmerweg, Ede. Hasenbergsstraße.

Gute ger. Winterpaletots u. Schweden-Mäntel preiswert zu verdienen.

Leihhaus, Kupfer- u. Schmiedestr. 321.

Wie der Weltkrieg entstand.

Das einzige Buch, das die Entstehung des Weltkrieges in 100 Seiten klar und einfach erklärt.

100 Seiten, Preis nur 40 Pf.

Verlag: Buchverlag

Zurück 11250

San.-Rat Dr. Lindner

für Nerven- und Herzkrankheiten

Gräbschauerstr. 5. S. S. S. S.

Leihweise elegante

Frad- Rod- und Smoking-Anzüge

A. Patalong Schneidermeister

Bischoffstraße 3.

Sie verdienen täglich

10 Mk. an Schürstücken. Nur persönlich kommen.

Reife

in Serge, Kitzel, Seingarn, Hermslutter, Reppes, Sara, Kuppel, Kuppel, Schal, alles sehr billig, prima Ware. Detail und Export

Bertold Lippert

Seierstraße 16 8050

Filialen: Oberstraße 17 und Reppesstraße 4.

Leihweise

Frad- Rod- u. Smoking-Anzüge

aus neueren Gallons

C. P. Pätzold

Königsstraße 79, I. R. R. R.

Rüben

ring. Bafette, auf preiswert

Schillerer Fürstentrag 6.

Wohnungen

Tausche Wohnung

eventl. mit Hausreinigung, Gegend gleich. Bismarck- u. Köpferstraße 33. 1030

Tausche

große Stube (Hausreinigung) gegen größere mit Hausreinigung. Zuschriften an Kneradel, Palmstraße, 12.

Kleine Anzeigen

und sonstige gezielte einseitige Anzeigen von Breslauer Kaufmannschaft u. a. nur von Privatleuten. Honorar 3 Pfennige. Zeit 4 Pfennige

Zwei eigene Bettstellen verkauft billig Wodarsch, Sommerstraße 34. 1022

2 gemauerte Bettstellen mit Matratzen und Kissen, ein gebrauchter Kleiderkasten u. ein Sofa billig zu verkaufen beim Hausmeister Wollstraße 14 IV. 408

Kinderwagen zu verkaufen

Grosser, Größter, Str. 72.

Platzes - Wagen, 30 Jhr. Tragkraft 1. 450 Mk. zu verkaufen. Kaiserstr. 100/101/102/103/104/105/106/107/108/109/110/111/112/113/114/115/116/117/118/119/120/121/122/123/124/125/126/127/128/129/130/131/132/133/134/135/136/137/138/139/140/141/142/143/144/145/146/147/148/149/150/151/152/153/154/155/156/157/158/159/160/161/162/163/164/165/166/167/168/169/170/171/172/173/174/175/176/177/178/179/180/181/182/183/184/185/186/187/188/189/190/191/192/193/194/195/196/197/198/199/200

Arbeitsmarkt

Heizungsmonteur

nur durchaus selbständige und zuverlässige, wollen sich melden unter Angabe N. 107 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung. 1079

GELD WÄCHT ARBEITE u. SPARE!

WENN SIE SPAREN!

Von Jedermann nehmen wir bei höherer Verzinsung

Spargelder

auch in kleinen Beträgen entgegen

Breslauer Bankverein

Kostenlose Ausgabe von **Heimspargassen**

Größte Sicherheit!

Blumenstraße 8. 13023 Cegr. 1896

Arbeit und Arbeitslosigkeit

Zunehmende Arbeitslosigkeit im Reich

Die saisonmäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit tritt in den neuen Erwerbslosenziffern deutlich in Erscheinung. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung weist, wie amtlich mitgeteilt wird, in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober, der Jahreszeit entsprechend, eine stärkere Steigerung auf als in den vorangegangenen Berichtszeiten. Sie stieg von rund 577 100 auf 593 600, was im 16 500 oder um 2,8 v. H. Anstieg bedeutet. Die Steigerung nur auf die Zunahme der männlichen Hauptunterstützungsempfänger zurückzuführen, deren Zahl um rund 19 700 oder um 4,6 v. H. gestiegen ist. Demgegenüber ist die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger wiederum zurückgegangen und zwar um 3200 oder um 2,1 v. H.

In der Nebenunterstützung nahm in der Berichtszeit die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger weiter zu (von rund 88 600 auf 89 700 oder um 1,2 v. H.). Die Zunahme betrug hier bei den Männern 3,8 v. H., bei den Frauen 2,1 v. H.

Der Schiedspruch für Nordwest

Die Arbeitgeber lehnen ihn ab — Arbeitnehmer beantragen Verbindlichkeit

Der Arbeitgeberverband Nordwestliche Gruppe hat den Schiedspruch abgelehnt. Die Arbeitnehmerorganisationen haben daraufhin Verhandlungserklärung um 10 Uhr des Schiedspruches beantragt. Am Dienstag vormittag um 10 Uhr werden in Berlin Verhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches stattfinden.

Ein gemeingefährlicher Schwindel

Keine Anweisungen der Ministerien an die Gewerkschaften

Ein geradezu gemeingefährlicher Schwindel ist von der kommunistischen Presse fabriziert worden. Sie gibt eine Meldung des Dortmunder Generalanzeigers wieder, wonach sowohl vom Reichsarbeitsministerium als vom Reichswirtschaftsministerium „die am 1. Oktober für die Metallindustrie Nordwest beteiligten Gewerkschaften vor überhöhten Forderungen gewarnt worden“ seien. Der Dortmunder Generalanzeiger selbst spricht nur von „Gerüchten“ dieser Art und ebenso spricht das gleichfalls von der kommunistischen Presse herangezogene Handelsministerium „Rhein und Ruhr“ nur davon, daß „offenbar amtliche Einflüsse auf die Gewerkschaften ausgeübt werden, um sie von ihren wirtschaftlich widersinnigen Forderungen abzubringen“. Das hindert natürlich die kommunistische Falschmünzer nicht, die Meldung so zu behandeln, als ob sie auf erwiesenen Tatsachen beruht. Die Gemeingefährlichkeit des geradezu ungeheuerlichen Falschmeldungen über die Anweisungen des sozialdemokratischen Arbeitsministers an die reformistische Gewerkschaftsbürokratie.

Das Reichsarbeitsministerium erklärt hierzu, daß diese Zeitungsmitteilungen jeder sachlichen Grundlage entbehren und daß keinerlei bezügliche oder ähnliche Anweisungen oder Warnungen von Seiten einer Regierungsstelle an die Gewerkschaften ergangen sind.

Transportarbeiterstreik im Danziger Hafen

Auch die Schiffsfahrer streiken

Wie aus Danzig berichtet wird, streiken im Hafen von Gdingen sämtliche Transportarbeiter und die Besatzungen der polnischen Schiffe. Gegenüber polnischen Redaktionen muß festgestellt werden, daß der Streik nur von polnischen Organisationen eingeleitet ist, die keinerlei Verbindung mit deutschen Organisationen haben.

Oberschlesischer Zentrumstimmer

Die „Deutsche Morgenpost“ liegt den Sieg der freien Gewerkschaften bei den Knappheitswahlen in eine Niederlage um

Die „Deutsche Morgenpost“, das Blatt der ober-schlesischen Industrie- und Bergbauindustriellen, verleiht die Mitteilung über das Wahlergebnis der Knappheitswahlen mit einer großen Lobeshymne auf die „nichtsozialistischen Arbeiterorganisationen“ und spricht von einer Wahlniederlage des „sozialdemokratischen“ Bergarbeiterverbandes. Es ist ja ein alter Kanon der ober-schlesischen christlichen Gewerkschaften und auch der Industrie, daß nicht entsprechend der politischen Stärke des Zentrums die ober-schlesische Arbeiterbewegung auch gewerkschaftlich in ihrer Hand ist. Seit Jahren werben die christlichen Gewerkschaften — mit ideeller Unterstützung der unternehmerfreundlichen „Morgenpost“ — große Mittel nach Oberschlesien, um diesen Zustand ein Ende zu bereiten. Alle Anstrengungen haben bisher wenig gefruchtet. Bei den Betriebsratswahlen bilden die christlichen Betriebsräte eine hoffnungslose Minorität gegenüber denen des Bergarbeiterverbandes. Das gleiche zeigte sich bei den Knappheitswahlen. Um jedoch gegenüber Berlin die Verschwendung großer Mittel in Oberschlesien verteidigen zu können, greift man in der „Deutschen Morgenpost“ zu einem eigenartigen Mittel der falschen Darstellung des Wahlergebnisses.

Um das Ergebnis der Wahl richtig würdigen zu können, muß man die Zahlen des Jahres 1924 zum Vergleich ansetzen. Daraus ergibt sich folgendes Bild:

- Wahlberechtigt: 54 005 Stimmen.
- Wahlbeteiligung: 34 974 (1. 321) Stimmen; 70 (58) Mandate; Beteiligung: 63,3 Prozent.
- Verband der Bergarbeiter: 20 684 (6128) Stimmen; 47 (36) Mandate; Beteiligung: 59,3 (49,4) Prozent.
- Union: — (284) Stimmen; — (6) Mandate; Beteiligung: — (24,8) Prozent.
- Christliche Gewerkschaften: 9224 (1498) Stimmen; 16 (4) Mandate; Beteiligung: 26,5 (26,5) Prozent.
- Polnische Berufsvereinigungen: 327 (1500) Stimmen; 6 (7) Mandate; Beteiligung: 11,1 (11,1) Prozent.
- Sächsische Arbeiter: 1223 (—) Stimmen; 1 (—) Mandate; Beteiligung: 2,5 (—) Prozent.
- Wilde Stimm: — (451) Stimmen; — (9) Mandate; Beteiligung: — (3,5) Prozent.
- Unabhängig: 215 (7) Stimmen; Beteiligung: 0,5 (?) Prozent.

Die Zahlen in Klammern sind die Zahlen von der Wahl 1924. In dieser Zahl ist noch zu bemerken, daß die wilde Liste von der christlichen Gewerkschaft geleitet aufgestellt war. Ihre

Im Jahre 1924 erhielt der Bergarbeiterverband von 58 Sprengeln 36 Siege; bei der jetzigen Wahl eroberte er von 70 Sprengeln 47 für sich. Er hat also von den 12 neu eingerichteten Sprengeln 11 für sich gewonnen. Wenn die „Ostdeutsche Morgenpost“ angesichts dieser Tatsache von einer „Steile“ des Bergarbeiterverbandes zu reden wagt, dann ist die hohe Absicht deutlich erkennbar. Der Bergarbeiterverband wird sich solche Manieren in seiner Arbeit nicht aufhalten lassen.

Otto Urban 25 Jahre Angestellter im BDA

Am 1. November 1928 sind 25 Jahre verflossen, seitdem der jetzige Hauptvorstand des Zentralverbandes der Angestellten von der Ortsgruppe Berlin als Verbandsbeamter angestellt wurde. Diese 25 Jahre sind gleichzeitig das bedeutendste Stück Geschichte der freien Angestelltenbewegung, und der Jubilär ist ihr Führer gewesen auf dem bornenvollen aber auch sieghaften Wege, der in diesem Zeitraum zurückgelegt wurde.



Ein kleines Häuflein von Angestellten erkannte schon in den neunziger Jahren, daß auch der Angestellte durchaus nicht „Mitarbeiter“ der Chefs, sondern daß er einfach Arbeitnehmer sei. Diese kleine Zahl schloß sich in den Großstädten zu freien Vereinigungen junger Kaufleute zusammen, die rücksichtslos ihre Forderungen nach Schutz der Angestellten gegen unmen-schlich lange Arbeitszeit und auf angemessene Bezahlung ihrer Arbeit setzten. Auf einer Konferenz zu Leipzig 1897 riefen sie den „Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen in Deutschland“ ins Leben. Anschließt führten sich damals das Programm des neuen Verbandes, der sich ganz bemüht auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung stellte und die heute klar erkennbare Entwicklung der Dinge in Handel und Industrie vorausahnte.

Inwieweit fehlte dem neuen Verbande nichts, nur die Mitglieder wollten sich in der gewünschten Menge noch nicht einstellen. Das wurde etwas besser, als man zur Anstellung von Ortsbeamten überging, deren erster Otto Urban in Berlin war. Der gesamte Verband zählte damals etwa 3000 Mitglieder, von denen Berlin knapp 700 hatte. Inzwischen wuchs die Bewegung und gestaltete die Anstellung weiterer Beamter, sowohl für die Hauptverwaltung, wie auch als Ortsbeamte und Gau-leiter. 1908 übernahm die von Urban geleitete Ortsgruppe Berlin erstmalig Hamburg in der Mitgliederzahl. 1911 ging der damalige Verbandsvorsitzende Joseph Hahn zur Großhandels-gewerkschaft Deutscher Konsumvereine und 1912 wählte der Verbandsvorstand Otto Urban zum Verbandspräsidenten. Die freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung war aus den Kinderschuhen heraus. Das Jahr 1912 schloß mit 13 000 Mitgliedern, 1913 schon mit 25 000 ab, eine Aufwärtsentwicklung, die durch den Krieg sehr gehemmt wurde.

Nur gegenwärtig, denn 1917 waren 30 000 erreicht und nach Kriegsende begann ein so hemmungsloses Zustreiten der Angestelltenmassen, daß die Zahl von 300 000 Mitgliedern noch im Jahre 1919 überschritten wird. Die Zahlen nennen, bedeuten einen Begriff vermittelt, von der Größe ungeheurer Aufbauarbeit, die zu leisten war, und sie wurde unter Otto Urban geleistet. Bald aber begann der irrsinnige Inflations-taumel mit seiner Markentwertung, die jede Organisations-leitung zur Verzweiflung bringen konnte. Bisherig mehr mußte das der Fall sein bei einem Verbands, der ohne nennenswerte Fernreisen aus der Vorkriegszeit in zwei Jahren zu einem Giganten angewachsen war.

Die Entwicklung ist gemeißelt worden. Ungeheure Anforderungen wurden an die lebenden Personen gestellt. In rüstige, heilige Aufwärtsbewegung hat sich das härmliche Auf und Ab der letzten Jahre gewandelt. Otto Urban hat seine Probe als Steuermann der größten freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisation der Welt bestehen dürfen. Die Angestelltenbewegung hat kein Verdienst anerkannt, indem sie ihn zum Internationalen Vorsitzenden wählte. Er darf mit der Befriedigung des Mannes, der die schwierigsten Zeiten erfolgreich über-wunden hat, auf seine 25 Beamtenjahre zurückblicken. Sein Name ist von der Angestelltenbewegung nicht mehr zu trennen.

Schiedspruch für die Seelente

Bei den Schlichtungsverhandlungen zur Neu-regelung der Löhne der Seelente wurde ein Schiedspruch gefällt, der für den Kalender eine Erhöhung des Monatslohnes von 115 auf 125 Mark und für den Heizer eine solche von 125—135 Mark bringt. Für die übrigen Gruppen erfolgt die Aufbesserung in dem üblichen Verhältnis. Die Neu-regelung soll gelten vom 1. November bis zum 31. Oktober 1929. Das im Deutschen Bergbauverband organisierte Deutsches Bergbau-, Bergbau- und Bedienungspersonal hat am Montag zum Schiedspruch Stellung genommen. Das Ergebnis der Urabstimmung liegt im Augenblick noch nicht vor.

Tariffindungen im Aachen-Stolberger Industriegebiet

Im Aachen-Stolberger Industriegebiet haben die Metallarbeitergewerkschaften den Lohnstarif zum 1. November gekündigt. Von der Kündigung werden auch die Spiegelglasbetriebe und die Glaswerke betroffen. Die Glasarbeiterverbände haben sich der Kündigung angeschlossen.

Lohnkonflikt im Erzbecken von Brien

Paris, 30. Oktober. (Eigenes Faubert.) In dem Erzbecken von Lothringen und im Becken von Brien hat ein heftiger Lohnkonflikt auszubrechen. Die Bergarbeiter der Erzgruben haben seit Beginn des Jahres in Lohn-erhöhungen, die jedoch von den Arbeitgebern immer wieder verweigert wurden. Die Gewerkschaftsdelegationen sind nun gezwungen zu einer Sitzung zusammenzutreten und haben beschlossen, nach einem letzten Versuchungsversuch ein unternehmerische Schritte aus-

Polnische Neugründungen

Unter der Firma „Kuby i Przemysly w Gdyni Sp. A.“ (Société Anonyme des Minerales et Grilles) ist in Gdingen mit einem Kapital von 300 000 Zloty eine Aktiengesellschaft gegründet worden, die den Kauf und Verkauf von Bergwerksprodukten, Metallen, Erzen, Eruben, die Verarbeitung und Aufbereitung von Erzen im Hüttenwesen, sowie die Produktion von Erzeugnissen, die unmittelbar oder mittelbar mit dem Erzenbetrieb zusammenhängen, zum Gegenstand hat. — Eine neue Aktiengesellschaft zur Produktion von organischen Phosphor-düngern ist unter der Bezeichnung „Kongresz der Surofosfatindus-trie“ mit einem Kapital von zwei Millionen Zloty von dem früheren Minister Josef Taragowski, Graf E. Mucielki, Dr. K. Celskopi, Roman Polow, W. Wyrzyniecki und einer Reihe von Vertretern landwirtschaftlicher Organisationen gegründet worden zu dem Zweck, die Entwicklung der polnischen Kunstdüngerindustrie zu fördern und Fabriken zur Verwertung von Müll und Katalan der polnischen Städte zu errichten. Diese Gründung dürfte als eine Gegenaktion zu der schon seit langer Zeit von der polnischen Landwirtschaft bekämpften Preispolitik der polnischen (anorganischen) Superphosphatindustrie angesehen sein und die gleichen Wege gehen wie die 1924 gegründete Aktiengesellschaft „Surofosfat“, deren erste Fabrikanlage in Wladystow bei Polen schon aus dem Jahre 1922 stammt. (Wgl. „WZ.“ Nr. 5, S. 92). — Die polnische „Sunloz“ A.G. hat in Warschau ein großes Terrain angekauft, auf dem im kommenden Frühjahr eine Seifenfabrik errichtet werden soll, deren Kapazität nicht nur den Bedürfnissen des polnischen Marktes genügen, sondern auch einen Produktionsüberschuß für den Export nach den baltischen Staaten, dem Balkan und dem Nahen Osten liefern wird. — Unter der Firma „Polnische A.-G. Dunlop Kautschuk Comp.“, Sitz Warschau, ist mit einem Kapital von zwei Millionen Zloty von Herbert A. Broadbent und Samuel J. Gens eine Fabrik für alle Artikel aus Gummi und Guttapercha gegründet worden, die sich auch mit der Einfuhr von Pneus, Kollumumstreifen und Zubehör, sowie dem Verkauf von chemischen und pharmazeutischen Artikeln befaßt wird.

Amerikanleihe für die Ruhr-Gas-A.G.

Die Verhandlungen zwischen der Ruhr-Gas A.G. und einem amerikanischen Konsortium um die Hebernahme einer Amerika-Anleihe sind abgeschlossen worden. Die Anleihe, die dem Ausbau der Gasfernversorgung dienen soll, beträgt 12 Millionen Dollars. Sie ist mit 6½ Prozent zu verzinsen und muß bis 1953 abgetragen werden.

Neue Tagenerhöhungen in den polnischen Staatsforsten sollen nach einer Meldung des „Kunel Drzewny“ vom Warschauer Landwirtschaftsministerium für das kommende Frühjahr vorbereitet werden. Die Sägewerksindustrie, namentlich die West-polens, sieht sich durch die Absicht sehr beunruhigt, da ihr schon durch die bisherigen Erhöhungen die Konkurrenz für den Export außerordentlich erschwert wurde. Man fürchtet, daß im Falle weiterer Erhöhungen nur der Rohholzexport nach Deutschland zum Schaden der heimischen verarbeitenden Industrie zunehmen werde. Dividenden in der Papierindustrie. Im Zeichen einer vö-lger Konopolisierung der deutschen Papier-industrie kann auch die Thodesche Papierfabrik in Hainberg ihre Dividende von 6 auf 10 Prozent heraufsetzen. Der Hainbergern steigerte sich von 90 000 auf 150 000 Mark. Die Bankguthaben haben mit 100 000 Mark eine Verfünffachung erfahren. Im Geschäftsbericht wird mitgeteilt, daß sich der Jahresertrag gegenüber dem Frieden mengenmäßig um das Dreieinhalbfache und wertmäßig um das Fünffache vergrößert hat.

Aus der Umgebung Neu-Breslau

Dsmig. In den Lichtmast gefahren. Gestern um 22 Uhr fuhr am Schillerpark ein Auto in einen elektrischen Lichtmast hinein und brach diesen um. Der Kraftwagen selbst wurde stark beschädigt. Um ein Zerreißen der Leitung zu verhindern, wurde der Mast durch die Feuerwehr von den Leitungen frei gemacht und umgelegt. Eine bei dem Anstoß verletzte Person war mittels Krankenwagens in das Krankenhaus geschafft worden.

Kreis Neumarkt

Ein Rektor hat —

In Neumarkt a. O. verbreitete sich am Sonntagabend wie ein Lauffeuer die Kunde, daß der Kohlenhändler Wiesner, dem seit geraumer Zeit ständig kleinere Geldbeträge aus der Kasse verschwunden waren, diesen Gelegenheitsdieb erwischte hatte, als er gerade einen Fünfmarktschein eskamotierte. Sensationell wirkte dabei weniger dieser Tatbestand, wie die Person des ertappten Diebes, der nicht etwa ein hungernder Arbeitsloser, sondern ein Herr mit solchem Bankkonto, der Rektor Lamm war.

Der Rektor wurde prompt — ins Sanatorium geschickt, denn seine Tat soll auf einen geistigen Defekt zurückzuführen, sozusagen vererbte Kleptomanie, sein. Wir wollen das gar nicht, sozusagen zweifelsfrei kommt es uns nur vor, ob bei einem sozial weniger hoch stehenden Mann, sagen wir, bei einem Arbeiter, der geistige Defekt — Not kann sehr oft geistige Defekte hervorrufen — ebenso schnell entdeckt worden wäre.

Die neue Kreis- und Stadtparkasse

Bekanntlich sind die bereits seit 1882 bestehende Kreispar-kasse und die 1874 gegründete Stadtparkasse der Inflation wegen Mangel an Vermögen zum Opfer gefallen. Erst im Oktober dieses Jahres konnte auf Grundlage eines Zweckverbandes zwischen Kreis und Stadt Neumarkt eine neue Kreis- und Stadtparkasse gegründet werden, die nun als eine öffentlich-rechtliche, gemeinnützige und mündelsichere Kasse errichtet wurde.

Kreis und Stadt hatten mit ihrem gesamten Vermögen für die Verbindlichkeiten dieser neuen Kasse, die nun nach den mo-deraten Grundbesätzen aufgebaut ist und durch Ansammlung auch der kleinsten Beträge den Kreisinsassen ersitzliche Hypotheken darleben und auch den Gemeinden und Gemeindeverbänden Kredite beschaffen will. Neben dem reinen Sparverfehr und Aus-leihung von Hypotheken und Gemeinbedarf hat die neue Kasse gleichzeitig die Vermögensverwaltung der früheren Kassen übernommen, für die sie nach den gesetzlichen Vorschriften die auf-gewerteten Guthaben auszahlte oder auf Wunsch in neue Spar-bücher der Kreis- und Stadtparkasse übertrug.

Die Geschäftsräume der Kasse befinden sich im Kreishaus in Neumarkt.

SPD, Unterbezirk Breslau-Sand-Neumarkt

(Der haben lediglich Mitteilungszwecke, die der Redaktion über die Tätigkeit des Unterbezirks Breslau-Sand zugehen.)

Peterwitsch-Schmelz, Donnerstag, den 1. November, abends 7½ Uhr, wichtige Mitglieder-Versammlung im Lokal Ziesel. Alles muß erscheinen.

Klettenberg, SPD, Morgen, Mittwoch, 20 Uhr, in der Turnhalle, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Katern-Tschelg, Dienstag, den 30. Oktober, abends 8 Uhr, bei Krüger in Katern, Mitglieder-Versammlung. Redner: Ge-